Die deutsch-amerikanischen Beziehungen 1890—1914

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
bei der
Hohen Philosophischen Fakultät
der Martin Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Vorgelegt von

Ilse Kunz
geborene Lack
aus Naumburg-Saale

Halle (S.) 1935

Druck von W. Kohlhammer * Stuttgart

Berichterstatter: Prof. Dr. H. Herzfeld

Mitberichterstatter: Prof. Dr. W. Holtzmann

Tag der mündlichen Prüfung: 28. Februar 1934

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Teildruck mit Genehmigung der Fakultät.

Der Teildruck enthält die Kapitel III und V, die Deutschlands und Amerikas Chinapolitik behandeln. Es fällt also das zwischen den beiden Chinakapiteln stehende Kapitel IV aus. Die Seitenzählung des Teildruckes ist deshalb hier unterbrochen.

Die ganze Arbeit erscheint in:
„Beiträge zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit und des Weltkrieges",
herausgegeben unter Mitwirkung
von Priv.-Doz. Dr. H. Hallmann von Prof. Dr. Fritz Kern.

Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 1935

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung . . . . . .

Kapitel I: Deutschland und die Vereinigten Staaten als Kolonialmächte im Pazifik . . . . . .

Kapitel II: Deutscher und amerikanischer Imperialismus in Südamerika . . . . . .

Kapitel III: Deutschland und Amerika in China bis 1905 (I.) 61

Kapitel IV: Deutschland und Amerika und die weltpolitischen Konstellationen der Jahre 1904—1906
1. Der russisch-japanische Krieg . . . . . .
2. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen und die Marokkokrise 1905/1906 . . . . . .

Kapitel V: Deutschland und Amerika in China 1905 bis 1914 (II.) 143

Kapitel VI: Deutschland und Amerika als Flottenmächte und die Frage der Rüstungsbeschränkung vor dem Weltkrieg . . . . . .

Kapitel VII: Deutschland und Amerika und der Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit vor dem Weltkrieg . . . . . .

Zusammenfassung . . . . . .

Literaturverzeichnis . . . . . .

Abkürzungen

A.A. = Auswärtiges Amt des Deutschen Reiches.

B. D. = British Documents on the Origins of the World War, (den Band mit römischer Zahl bezeichnet).

Br. and For. St. Pap. = British and Foreign State Papers, (den Band in arabischer Zahl).

Actes et Documents 1899 = Conférence Internationale de la Paix de La Haye 1899, Actes et Documents.

G. P. = Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1870—1914, Aktenpublikation des Deutschen A.A. (den Band in arabischer Zahl.)

For. Rel. = Papers relating to the Foreign Relations of the United States 1870—1914 (statt Nummer des Bandes ist das Erscheinungsjahr angegeben).

Bishop. Roosevelt = J. B. Bishop, Theodore Roosevelt and His Time. Shown in His Letters.

Roosevelt-Lodge Corresp. = Selection from the Correspondence of Theodore Roosevelt and Cabot Lodge 1884—1918.

Gwynn, Cecil Spring Rice = St. Gwynn, Letters and Friendships of Sir Cecil Spring Rice. A Record.

Intimate Papers = Seymour, The Intimate Papers of Colonel House, Arranged as a Narrative.

Thayer, Hay = R. Thayer, Life and Letters of John Hay.

Hendrick, Walter Page = B. Hendrick, Life and Letters of Walter Page.

Kapitel III.

Deutschland und Amerika in China (I).

Früher als irgend ein anderes Land war China der Tummelplatz für den Wettbewerb der Kolonialmächte. Keine europäische Macht hatte hier eine beherrschende Oberhoheit ausgeübt, die andere hätte fernhalten können, wie z. B. Spanien in Südamerika — hier galt es nur, dem konservativen, verfallenden chinesischen Staat den Zugang ins Innere abzuschmeicheln oder abzuzwingen.

Wie in dieser Arbeit schon dargelegt wurde, war für die deutsche Kolonialpolitik die Auswanderungsfrage von sehr großer Bedeutung. In dem überbevölkerten China fiel jede Möglichkeit, Menschen unterzubringen, fort. Hier konnte sich der Imperialismus nur rein industrie-kapitalistisch betätigen, indem er Waren und Kapital ins Land trug. Die Vereinigten Staaten bemühten sich vorzugsweise, diese Form imperialistischer Tätigkeit zu entfalten. China mit seiner dichten Bevölkerung und seinem trotz alter Kultur ungeheuer großen Rückstand in der wirtschaftlichen Entwicklung seines großen Raumes schien ein besonders aufnahmefähiges Land und der Markt der Zukunft zu sein.

„... The Pacific ocean is destined to bear on its bosom a larger commerce than the Atlantic. As the countries in the Far East will develop their resources, the commerce of the United States with them will assume proportions greater in their directness and scope than our commerce with Europe."

So schrieb der amerikanische Gesandte in Peking, Conger, am 31. Januar 1900 [1]).

Im Gegensatz zu Deutschland waren die Vereinigten Staaten schon früh im Wettbewerb mit England an der Öffnung des

1) Siehe Dennis, Adventures in American Diplomacy 1896—1905, S. 204 (aus Papers of Dep. St.).

chinesischen Marktes, wie ja auch an der des japanischen, beteiligt gewesen [2]).

Aber die inneren Wirren der sechziger Jahre und die mit dem Sieg der industriellen Nordost-Staaten folgende Hochschutzzollpolitik konzentrierten noch einmal den Amerikaner sehr intensiv auf den eigenen Kontinent und bewirkten ein Zurückgehen des amerikanischen Exportes auch nach China [3]). Als dann im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts, das ja in jeder Hinsicht eine imperialistische Überschreitung der kontinentalen Grenzen brachte, die amerikanische Wirtschaftsenergie sich China wieder zuwandte, fand sie dort eine schon weit vorgeschrittene Aufteilung dieses Landes in sog. Interessensphären vor, die in empfindlicher Weise die Entfaltung des amerikanischen Handels im freien Wettbewerb einzuengen drohte [4]). So stand Amerika trotz der frühen Betätigung in Ostasien jetzt dort kaum anders da als Deutschland, daß infolge seiner späten Entwicklung wie überall auch hier zuletzt gekommen war und um 1890 nur unbedeutende Handels- und Schiffahrtsverträge mit China besaß [5]). Wie auch auf anderen Gebieten stürzten sich die beiden Neuankömmlinge — denn als solcher mußte nun auch Amerika bezeichnet werden — wetteifernd an die Arbeit und sowohl der deutsche als auch der amerikanische Handel mit China nahm zusehends zu und beide drängten den englischen, Deutschland mehr im Süden, die Vereinigten Staaten mehr im Norden, zurück [6]).

Alle an China interessierten Mächte waren sich wohl einig in dem Willen, sich hier einen Markt für Kapital und Waren zu schaffen.

2) Über die Tätigkeit der Amerikaner in Ostasien in der Frühzeit der Republik vgl. Callahan, American Relations in the Pacific and Far East (1901) S. 11 ff., 49 ff.; Dennett, Americans in Eastern Asia, S. 69 ff.; vgl. Latané, A History of American Foreign Policy, S. 234; Beard, The Rise of American Civilization II, S. 491; Treat, Japan and the United States, S. 23 ff., hier wie auch bei Callahan beschönigende Darstellung.

3) Vgl. Mentz, Die Chinapolitik der Vereinigten Staaten von Amerika, S. 71. Dennett a. a. O., S. 175; Beard a. a. O. II. S. 491.

4) Vgl. ebd. S. 492.

5) Siehe Franke, Die Großmächte in Ostasien, S. 27/28.

6) Vgl. Beresford, The Break-Up of China, S. 434/35, Franke a. a. O., S. 39 f.; Dennett, The Russo-Japanese War, S. 125; Dennis a. a. O., S. 186, 199; vgl. auch Roosevelt-Lodge Corresp. II. S. 15/16; Deutsche Kolonialzeitung 1898, S. 281/282. Der Handel mit China war statistisch schwer zu erfassen, da nur die Schiffsladungen registriert wurden und gerade die amerikanischen Waren meist auf englischen Schiffen kamen.

Die Frage war nur, wie schützte man seine wirtschaftlichen Positionen am besten, wie baute man sie am erfolgreichsten aus? England, Frankreich und Rußland hatten sich für den Ausbau von Interessensphären entschieden, d. h. für die Taktik, sich in einem bestimmten Teil des chinesischen Reiches besondere vertragsrechtliche Vorzugsrechte handels- und verkehrspolitischer Art, besondere Monopole und Konzessionen, Hoheitsrechte über Hafen- und Stadtteile zu erwerben, bzw. zu erzwingen[7]). Sie hatten also eine Kolonialpolitik betrieben, die gewollt oder ungewollt eine schließliche Auflösung des chinesischen Reiches zur Folge haben mußte.

Wie stellten sich Deutschland und die Vereinigten Staaten hierzu? Die Politik, auch die imperialistische, eines jeden Staates ist nie nur Ausfluß lediglich seiner Interessen. Immer ist ein Volk und ist seine Regierung vor die Frage gestellt, wo denn die wahren Interessen liegen und wie sie am erfolgreichsten zu wahren sein werden. Ebenso wie kein Individuum rein rational und wirklich objektiv Entscheidungen treffen kann, sondern immer von Gefühlen, Vorurteilen, Vorbildern beeinflußt wird, so handelt auch kein Volk, keine Regierung rein rational und sachlich. Einsicht in die Notwendigkeiten, die immer durch unzählige Momente begrenzt ist — und die in jedem Volk lebendigen Ideen und Vorurteile wirken in der Politik zusammen, und je glücklicher sie sich verbinden, um so erfolgreicher wird diese sein. Aber entsprechend dem jeweiligen Volkscharakter und Entwicklungsstadium und entsprechend den Männern, die an der Spitze stehen, werden Einsicht, Vorurteile oder lebendige Ideen das Vorherrschende sein, selten erreicht eine Politik ein volles Gleichgewicht zwischen diesen Faktoren.

Für Deutschland war von großem Gewicht das englische Vorbild, dem bewußt oder unbewußt das Vorkriegsdeutschland auf seinen imperialistischen Wegen eben doch sehr stark nacheiferte[8]); also das

---

7) Die Entwicklung der Interessensphären zusammenfassend bei Dennett, Americans in Eastern Asia, S. 609 ff.; vgl. auch Zühlke, Die Rolle des Fernen Ostens in den politischen Beziehungen der Mächte, 1895—1905.

8) Gerade die Kolonialkreise verraten immer wieder ihre heimliche Bewunderung für England, obwohl sie sich immer mehr als die extremsten Englandfeinde herausbildeten. Sie regen sogar zur Nachahmung des englischen Vorbildes an. Vgl. hier nur Alldeutsche Blätter 1894 S. 61, 1897 S. 12, 25/26. Man denke auch an des Kaisers Vorliebe für England, vgl. auch Steinhausen, Deutsche Geistes- und Kulturgeschichte 1870 bis zur Gegenwart, S. 154.

Vorbild jener Macht, die die Politik der Interessensphären begründet und bis zur rücksichtslosen Beherrschung fremder Völker ausgebildet hat. Diese aktivistische Politik mußte aber auch dem deutschen Organisationstalent und dem deutschen Trieb nach aktiver und selbständiger Tätigkeit und Hebung des deutschen Ansehens in Übersee zusagen. Auch war der deutsche Imperialismus mehr als etwa der amerikanische auf Erschließung von Rohstoffen bedacht. Bergwerkkonzessionen und dergleichen waren in China nur auf dem Weg über die Interessensphärenpolitik zu erlangen. Schließlich darf man auch nicht vergessen, daß die geistige Einstellung des Deutschen ihn das Eigenwesen eines anderen Volkes als historisch geworden achten ließ und er frei von der Versuchung war, andersgeartete Völker nach einem allgemeingültigen, einem „Menschheitsideal" umzumodeln oder zu erziehen. Dies prädestinierte Deutschland einerseits zu großer historisch-kulturgeschichtlicher Forschertätigkeit auch in China, hier ist aber andererseits wohl auch die Wurzel zu suchen für die pessimistische Geringschätzung, die man China in diplomatischen und militärischen Kreisen vielfach entgegenbrachte [9]) und die sich sehr auffällig von dem alleweil optimistischen Erziehungseifer der Amerikaner unterscheidet, die China mit den Segnungen des Kapitalismus und der Demokratie, kurz der Zivilisation zu beglücken wünschten. Es sollte wie Japan einst in die „Familie der Völker" als gleichberechtigt aufgenommen und damit ein fruchtbares Feld für amerikanischen Handel und Kapital werden. Deutschland lag es nicht, die Verfolgung seiner Interessen als Förderung Chinas oder sonst etwas darzustellen, was es in Wirklichkeit gar nicht war. Dem deutschen Volk war aber auch die Einstellung des Amerikaners fremd, der davon überzeugt war, mit der Ausbreitung seines Handels die rückständigen Völker der Zivilisation, dem Fortschritt zu gewinnen und damit der Menschheit einen großen Dienst zu erweisen.

Deutschland schloß sich 1897 mit der Annexion Kiautschaus, dem Einfallstor nach Schantung, der Interessensphärenpolitik an. Diese Erwerbung war bescheiden, verglichen mit dem, was die anderen Großmächte in China besaßen. Aber ihre allzu offensichtliche Durchführung, und die üblen Folgen, die die deutsche Aktion für China hatte, ließen

9) Aufschlußreich sind hierfür das Tagebuch der Elisabeth v. Heyking, Aus vier Weltteilen, und Waldersees Denkwürdigkeiten Bd. III und s. u. die Erörterungen über die Boxerunruhen.

sie vor der Welt als einen Angriff auf Chinas Bestand erscheinen [10]). Jedenfalls reihte Deutschland sich damit in die Aufteilungspolitik der europäischen Mächte ein. Die deutsche Regierung sah denn auch zu jener Zeit einer eventuellen Auflösung Chinas mit gewissen Hoffnungen und mit dem festen Willen entgegen, sich dabei ihr Teil zu holen. Doch wünschte sie, aus außenpolitischen Erwägungen und weil sie die deutsche Flotte und Wirtschaftsposition in China noch nicht für stark genug hielt, um im gegebenen Augenblick einen gebührenden Anteil zu erhalten, die Auflösung des chinesischen Reiches möglichst noch hinauszuschieben:

„Im Interesse des Weltfriedens, aber auch weil unsere Position in Ostasien sich stetig verbessert, vor allem aus marinetechnischen Gründen, muß uns *vorläufig* daran liegen, daß der Prozeß der weiteren Aufteilung Chinas noch *hinausgeschoben* wird. Wir werden kommerziell immer stärker ... und die Lücken unserer infolge der Umtriebe einer verblendeten Opposition in der Entwicklung zurückgebliebenen maritimen Rüstung werden mit jedem Jahr mehr ausgefüllt."

(Die Sperrungen vom Verfasser vorgenommen.)

So schrieb Bülow am 14. März 1899 zur Orientierung Prinz Heinrichs [11]). Und ähnlich äußerte er sich am 27. April im Reichstag [12]).

Die Vereinigten Staaten entwickelten, nachdem sie sich den Zugang zu den ostasiatischen Märkten verschafft hatten, eine besondere Art des Umgangs mit den alten Völkern. Ihre Vertreter bemühten sich, als die Beschützer und Berater Japans und Chinas aufzutreten und nahmen in den häufigen Konflikten zwischen diesen und den europäischen Mächten möglichst für die ersteren Partei. Sie schlossen mit China und mit Japan Freundschaftsverträge ab, in denen der Union Handelsrechte usw. gesichert wurden, in denen diese sich aber auch zu „guten Diensten" im Falle eines Konfliktes verpflich-

10) Das amerikanische Echo vgl. u. S. 69.

11) Siehe G. P. 14, Nr. 3778 S. 181/182.

12) Siehe Penzler, Bülows Reden I. S. 30, vgl. Clements, The Boxer Rebellion S. 177.

tete [13]). Freilich, wenn die amerikanische Position selbst ernstlich bedroht schien, z. B. durch fremdenfeindliche Aufstände usw., so waren auch die amerikanischen Kriegsschiffe schnell zur Stelle. Andererseits lehnte man oft genug Beteiligung an gemeinsamen militärischen Aktionen, wie England sie gern vorschlug, ab; scheute sich aber nicht, die Erfolge solcher englischen Unternehmungen mit zu nutzen [14]).

Doch hielt die Union sich immer von der allgemeinen Jagd nach Konzessionen und Sonderrechten fern. Sie forderte für sich selbst keine Bevorzugungen, sondern nur Meistbegünstigung für alle. Im Vertrauen auf die Fähigkeit des amerikanischen Kaufmanns, sich im freien Wettbewerb seine Position zu sichern, begnügte sie sich mit „a fair field and no favour", „and the result may safely to be left to the Americans' genius and energy" [15]). Sie nahm sich damit das moralische Recht, die Bevorzugung anderer zu bekämpfen und wurde so zur Verfechterin der sog. „Offenen Tür"; aber nicht nur einer handelspolitischen, wie England sie immer schon gefordert hatte [16]). Für Amerika bedeutete die „open door policy" in China eine Politik der Bekämpfung aller ungleichen Vorrechte und Monopole, zugleich aber auch eine Politik der Stützung und Erhaltung von Chinas Unabhängigkeit und Einheit, eine Bekämpfung also des Auflösungsprozesses, der durch die Interessensphärenpolitik eingeleitet worden war [17/18]). Staatssekretär Hay faßte anläßlich der Boxer-

13) Richtunggebend war der Reed-Vertrag von 1858, s. Treat, a. a. O., S. 137 ff., Dennett, a. a. O., S. 96 ff., wo die ganze Frühzeit der amerikanisch-ostasiatischen Beziehungen ausführlich behandelt ist; Dennis, a. a. O., S. 173, Callahan, a. a. O. S. 105.

14) Ebd. S. 91 ff., Dennet, a. a. O., S. 182, 337 ff. u. ö., Treat a. a. O. S. 55 ff., 61/62 u. ö.

15) So Hay in einer Rede 1901, s. Bau, The Open Door Doctrine in Relation to China, S. 119, 155.

16) Wenn England freilich theoretisch auch die Erhaltung Chinas anstrebte, als sich zeigte, wieviel Rivalen sich hier zusammenfanden (vgl. Zühlke a. a. O., S. 34, 38), (es hatte sogar 1898 Amerika ein Abkommen über gemeinsame Politik der Offenen Tür in China angeboten, s. Dennis a. a. O., S. 170/171), so hatte es in Praxis doch die Interessensphärenpolitik sehr weit getrieben, ja vielleicht sogar zeitweise mit dem Ziel, ganz China zur englischen Interessensphäre à la Aegypten zu machen (vgl. Zühlke a. a. O., S. 11 ff.).

17/18) Vgl. ebd. S. 16, 59; Dennis a. a. O., S. 173, 186, 204; Dennett, Americans in Eastern Asia S. 358, 604; Clements a. a. O. S. 167; J. C. Jameson Reid, The Asiatic Problem in relation to the U. S. (1903), bes. S. 184; siehe Treat a. a. O., S. 110, 135 ff., vgl. Beard, The Rise of American Civiliza-

aufstände Amerikas Chinapolitik am 3. 7. 1900 folgendermaßen zusammen:

„We adhere to the Policy initated by us in 1857 (Reed Treaty) of peace with the Chinese Nation, of furtherance of lawful commerce and protection of lives and property of our citizens by all means garanteed under extraterritorial treaty rights and by the Law of Nations. If wrong be done to our citizens we propose to hold the responsible authors to the uttermost accountability."

Es folgt ein Eingehen auf die durch die Boxerunruhen geschaffene Lage und das Memorandum schließt dann:

„... but the policy of the Government of the United States is to seek a solution wich may bring about permanent safety and peace to China, preserve Chinese territorial and administrative entity, protect all rights guaranteed to friendly Powers by treaty and international law and safety for the world the principle of equal and impartial trade with all parts of the Chinese Empire" [19]).

---

tion II S. 493: „Open door that is the maintenance of Chinese national unity and the establishing of equal trading privileges for all foreigners ...", siehe Bau, a. a. O. S. 119: Bau gibt eine interessante Übersicht über die Entwicklung der Forderung nach „Offener Tür" von einer rein handelspolitischen Forderung, wie England sie aufgebracht hatte, bis zur Politik der Bekämpfung von Monopolen und Konzessionen und Interessensphären überhaupt, vgl. bes. Kap. VII, Open Door and Spheres of influence.

Daß England nicht diese amerikanische Art der Politik der Offenen Tür vertrat, zeigt auch Beresfords Einstellung. Als Vertreter der Londoner Handelskammern hatte er China 1897 bereist, um die handelspolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu studieren. Er befürwortete ein Zusammengehen zwischen England und Amerika (vgl. sein 1898 erschienenes Buch, The Break-Up of China) zur Wahrung der Offenen Tür in China, da ein Zerfall Chinas politische Verwicklungen mit sich bringen werde. Aber er forderte zugleich ein weitgehendes Eingreifen in die chinesische Verwaltung und Organisation des chinesischen Heeres durch die angelsächsischen Mächte (s. S. 439 f.). Dem amerikanischen Chinaspezialisten und Freund Hays, Rockhill, wurde Beresfords Vorschlag, der großes Aufsehen in Amerika erregte, vorgelegt. Er lehnte ihn als einen Übergang zur Politik der Interessensphären ab und äußerte bei diesem Anlaß sein Bedauern, daß England immer zwischen der Politik der Offenen Tür und der Interessensphären schwanke (s. Dennis a. a. O. S. 186).

19) Siehe For. Rel. 1901, Appendix China, S. 14 und Staatsarchiv Bd. 65, Nr. 12369 (hier vom 5. 7. [statt 3. 7.] an England gerichtet). Vgl. auch Leusser,

„Partition would tend to destroy our markets“ [20]); ein Zerfall Chinas würde den vollständigen Übergang der Interessensphären in die Hände der schon jetzt dort dominierenden Mächte bedeutet haben. Amerika, das keine solche Sphäre besaß und sich auch keine aneignen wollte, konnte bei einer Aufteilung Chinas nur verlieren, und sie zu verhindern war deshalb neben der Sicherung möglichst freier wirtschaftlicher Betätigung die wichtigste Aufgabe der amerikanischen Chinapolitik.

Zwar lag hierin eine gewisse Resignation, eben der Verzicht auf eine Interessensphäre, denn eine wirkliche Offene Tür gab es ja in China längst nicht mehr. Es konnte sich nur noch darum handeln, sie sich neben den bestehenden Interessensphären zu sichern [21]). Diese Zurückhaltung entsprach der traditionellen amerikanischen Außenpolitik, die sich in bezug auf China am längsten und ausgeprägtesten erhielt, vor allem wohl deshalb, weil hier eine Zusammenarbeit mit den europäischen Mächten, besonders mit England, die ja das alte Amerika scheute, unvermeidlich gewesen wäre. Die Vorgeschichte der Erwerbung Kiautschaus zeigt das deutlich. Aber die traditionelle Politik der Isolierung und Nichtintervention war ja nicht nur ein nackter Ausdruck der Schwäche und der Interessen, sondern auch stark von pazifistischen, humanitären Ideen gestützt und begleitet, und so war auch die Politik der Offenen Tür in China nicht nur eine trockene Realpolitik, sondern als Idee in den Vereinigten Staaten weit verbreitet. Der pazifistisch-demokratische Amerikaner sah hier ein Feld zur Erfüllung moralisch-missionärer Aufgaben, eine Gelegenheit, sich als Beschützer des Völkerrechts und schwacher Völker zu erweisen [22]).

Ein Jahrzehnt deutsch-amerikanischer Politik, 1896—1906, er gibt es auch als bezeichnend für die amerikanische Chinapolitik wieder (s. S. 39), s. auch Bau a. a. O., S. 197/198. Es wurde auch den Instruktionen für die Verhandlungen über die Boxerunruhen beigegeben (vgl. unten) und der chinesischen Regierung zugesandt, als diese Amerika um Hilfe bat (s. For. Rel. 1900 S. 294/295, 299, 19. 7. 1900).

20) Siehe Dennis a. a. O. S. 204 es ist der Anfang zu dem oben S. 61 zitierten Schreiben des amerikanischen Gesandten in Peking.

21) Vgl. auch Bau a. a. O., S. 42/43, 141, 145, 150; Reid, a. a. O., S. 184; Beard a. a. O. II. S. 493.

22) Sogar Beard, der dazu neigt, die ideologische Seite der amerikanischen Politik zu vernachlässigen, sozusagen eine „entlarvende“ Tendenz vertritt, schreibt leicht ironisch: „Though devised with realistic and practical ends

Man versteht nun, daß der amerikanischen Chinapolitik nichts entgegengesetzter sein konnte als das deutsche Eindringen in Schantung, zumal dieses nicht nur eine neue Interessensphäre schuf, sondern der Auftakt für erhebliche Erweiterung fast aller anderen war.

„The seizure of Chia-chow by the Germans has precipitated the discussion of the partition of China"

schrieb der amerikanische Gesandte in Peking und er beklagte, daß die amerikanische Regierung gar nichts dagegen unternommen habe. Nur so sei es möglich gewesen, daß alle Deutschlands Beispiel gefolgt seien [23]). Man zeigte sich in der amerikanischen Öffentlichkeit nicht nur wegen der zu befürchtenden Schädigung des amerikanischen Handels beunruhigt, der deutsche Schritt rief, verbunden mit des Kaisers unglückseliger Rede von der „gepanzerten Faust", eine große Entrüstung in den Vereinigten Staaten hervor. Wendungen von deutscher „Beutegier" und „Brutalität" usw. fanden von diesem Zeitpunkt an Eingang in die amerikanische Presse [24]). Sie sollten nie wieder daraus verschwinden.

In Washington wahrte man tatsächlich eine merkwürdige, aber wie sich zeigen wird, bezeichnende Passivität gegenüber dem Vorrücken der Mächte und ließ sich durch die Zusicherung der (natürlich nur handelsvertraglichen) Offenen Tür in Schantung, die die deutsche Regierung gab, beruhigen [25]). Als dann aber eine Abgrenzung der Interessensphären zwischen Deutschland und England bekannt wurde, entschloß sich Hay doch zu einem Schritt, der ihm von seinem Berater in Chinaangelegenheiten, Rockhill, einem Vorkämpfer der Politik der

---

in mind, the policy of the open door had a lofty moral flavor, pleasing the Chinese, missionaries, anti-imperialists and pacifists alike . . ." (a. a O. II S. 494) und vgl. Menz, a. a. O., bes. S. 67, 71, 74; Dennis, a. a. O. S. 173.

23) Siehe ebd. S. 202 und 205 ff.; vgl. dazu auch Zühlke a. a. O., S. 130/131.

24) Vgl. Clare E. Schieber, American Sentiment towards Germany, S. 213 f. (Zusammenstellung von Presseäußerungen), vgl. Zühlke a. a. O., S. 105; Leusser a. a. O., S. 30; s. weiter Dennett, Americans in Eastern Asia, S. 367, Ders., Roosevelt and the Russo-Japanese War, S. 66; Dennis a. a. O., S. 178/179, 181, 205 ff.

25) Siehe ebd. S. 182; For. Rel. 1898 S. LXXII (Message to Congress) vgl. auch Dennis S. 186/187, die Vereinigten Staaten lehnten das englische Angebot, gemeinsam für die Offene Tür in China einzutreten, ab (vgl. o. Anm. 16). Rockhill meinte, Deutschland werde doch bald amerikanisches Kapital in Schantung brauchen.

Offenen Tür im liberalsten Sinne [26]), empfohlen wurde: Er ließ im September 1899 eine Zirkularnote an alle an China interessierten Mächte ergehen, in der sie aufgefordert wurden, sich zur Erfüllung folgender Punkte zu verpflichten: 1. Achtung der Vertragshäfen und „vested interests" in den Interessensphären und Pachtgebieten. 2. Anwendung des chinesischen Zolltarifs, außer in Freihäfen. 3. Gleiche Behandlung aller in bezug auf Hafengebühren und Eisenbahnkonzessionen in den verschiedenen Interessensphären [27]). Der deutschen Regierung und England gegenüber wurde noch hinzugefügt, daß der Anlaß zu der Note das englisch-deutsche und englisch-russische Abkommen über die Interessensphären sei, da Amerika fürchte, daß handelspolitische Konflikte daraus erwachsen könnten [28]). Deutschland zögerte seine Antwort sehr lang hinaus. Im Dezember gab Bülow eine mündliche Zustimmung unter der Bedingung, daß auch die anderen Mächte zusagen würden. Erst am 19. Februar 1900 erhielt Amerika die schriftliche deutsche Zustimmung, als letzte von allen [29]). Ob nur die Belastung des Auswärtigen Amtes mit Samoafrage, Burenkrieg usw. oder auch Abneigung gegen die geforderte Erklärung bei dieser Verzögerung mitgespielt hat, muß dahingestellt bleiben. Nach Aussage des amerikanischen Botschafters in Berlin, A. D. White, muß wohl das letztere angenommen werden [30]). Aber auch die anderen Mächte hatten Hays Note nicht mit Freuden begrüßt, versuchten auszuweichen und stimmten, wie England und Rußland, nur bedingt zu [31]).

Obwohl die amerikanische Geschichtsschreibung von einem großen „moralischen" Erfolg Hays spricht [32]), müssen unvoreingenommene

26) Siehe Dennis a. a. O. S. 186/187, 208 ff.

27) Den Text s. For. Rel. 1899, S. 127; Mc Murray, Treaties with and concerning China, I. S. 223; zusammenfassend Clements a. a. O., S. 37; Zühlke a. a. O. S. 160; Dennett, Americans in Eastern Asia, S. 646/647; Dennis a. a. O. S. 185 ff.; vgl. Leusser a. a. O. S. 33.

28) Siehe Mc Murray a. a. O., I. S. 233 f.

29) Siehe ebd. S. 224/225.

30) Siehe A. D. White, Autobiography II. S. 158.

31) Siehe Dennis a. a. O. S. 187 ff.; Bau a. a. O. S. 35/36; For. Rel. 1899 S. 761 ff.; Henry White, amerikanischer Botschaftsrat in London nicht zu verwechseln mit dem Botschafter A. D. White in Berlin, schildert mit Unrecht Englands Haltung als reine Zustimmung, s. Nevins, Henry White, S. 167.

32) So natürlich Thayer, Hay, II. S. 243; Dennis a. a. O. S. 192; Sears, A History of American Foreign Relations, S. 449; u. a. vgl. auch For. Rel. 1900 S. 927; Treat a. a. O. S. 175.

Historiker doch zugeben, daß die Versicherungen der Mächte nicht viel mehr als eine Anerkennung der Meistbegünstigungsklausel bedeuteten [33]). Das Wichtigste an der amerikanischen Note ist gewiß, daß sie ostentativ zum Ausdruck brachte, daß die Vereinigten Staaten sich nicht an dem allgemeinen „grasp of land" beteiligen wollten und ihn mißbilligten. Zugleich aber war sie eine Anerkennung der bestehenden Interessensphären und Vorrechte und zeigt, wie beengt Amerika in der Vertretung seiner Politik der Offenen Tür war.

Die Boxerunruhen.

Die schwerste Probe hatte die Politik der Erhaltung Chinas in der Jahrhundertwende zu bestehen, als die große fremdenfeindliche Revolution, die sog. Boxerunruhen, in China ausbrachen.

In den Vereinigten Staaten sah man vielfach Deutschlands Vorgehen in Schantung als die Ursache der Aufstände an [34]), doch muß diese vielmehr in der Politik der Interessensphären überhaupt gesucht werden.

Es ist hier nicht der Platz, auch nur eine kurze Schilderung der Boxerwirren und anschließenden Geschehnisse zu geben. Es soll nur auf Deutschland und Amerikas Verhalten diesen Ereignissen gegenüber näher eingegangen werden, weil darin die Verschiedenheit deutscher und amerikanischer Chinapolitik um die Jahrhundertwende deutlich zum Ausdruck kommt.

Für die amerikanische Regierung bedeutete der Ausbruch der Unruhen und die damit verbundene Zerrüttung aller Ordnung und Sicherheit in China eine große Kalamität, denn sie schädigten Handel und Verkehr und bedrohten die Selbständigkeit und Einheit des chinesischen Reiches, für die eben die amerikanischen Staatsmänner sich immer einsetzten. Sie sahen so nur ein Ziel vor Augen: möglichst schnell Ordnung und normale Beziehungen zur chinesischen Regierung — die aus Peking geflohen war — wiederherzustellen [35]).

Die Umstände waren derart, daß die Vereinigten Staaten sich genötigt sahen, aus ihrer üblichen Zurückhaltung herauszutreten und

33) Vgl. Dennis a. a. O. S. 193; Dennett a. a. O. S. 468; vgl. auch Zühlke a. a. O. S. 160.

34) Vgl. For. Rel. 1900, S. 101, 118.

35) Vgl. Dennett, Americans in Eastern Asia, S. 655 ff.; For. Rel. 1900, S. 301/202; 1901 Appendix China S. 15, 29 und vgl. das zit. Memorandum vom 3. 7. 1900.

aktiv an der Überwindung der Krise mit den anderen Mächten zusammenzuarbeiten. Hay setzte sich energischer als alle anderen betroffenen Regierungen für die Befreiung der in Peking belagerten Gesandtschaften ein. Er allein hatte die Hoffnung nicht aufgegeben, daß die Gesandten noch am Leben seien, und es war ihm gelungen, Nachricht von dem amerikanischen Gesandten, Conger, zu erhalten [36]). Die Amerikaner waren auch an der Befreiungsexpedition nach Peking hervorragend beteiligt [37]). Diese Expedition war wohl die einzige militärische Aktion, an der die Vereinigten Staaten auf chinesischem Boden teilgenommen haben, schon die darauf folgende Bombardierung der Taku-Forts durften die amerikanischen Schiffe aus humanitären Gründen nicht mitmachen [38]). Die amerikanische Regierung wünschte militärische Operationen möglichst zu vermeiden und auch die amerikanischen Truppen so bald wie möglich zurückzuziehen. Schon Anfang September, als die deutsche Expedition noch gar nicht in China eingetroffen war, bedeutete man dem deutschen Botschafter in Washington, die Rolle des Soldaten sei nun beendet und der Diplomat müsse an seine Stelle treten [39]). Der russische Vorschlag, China bald zu räumen, wurde natürlich in Amerika begrüßt. Aber man merkte bald, daß Rußlands Absichten nicht ehrlich waren und beließ ein kleines Kontingent in Peking, um ein einheitliches Vorgehen der Mächte zu wahren und ein gesondertes Vorgehen, speziell Rußlands, aber auch Deutschlands und Englands zu verhindern [40]). Der Zwiespalt zwischen Wollen und Können, in dem die amerikanische Regie-

36) Siehe For. Rel. 1900, S. 155 ff., 313 ff.; Thayer, Hay, II. S. 236; Henry Adams, Education, S. 72; Nevins, Henry White, S. 171, die beiden letzteren übertriebene Darstellungen. Merkwürdigerweise nichts davon bei Clements a. a. O.

37) Vgl. Dennett, Americans in Eastern Asia, S. 655; Deutsche nahmen nicht teil, s. Walderſee III. S. 21; Treat a. a. O. S. 178.

38) Siehe For. Rel. 1900, S. LXI (Message to Congress), vgl. Zühlke a. a. O. S. 167 f.

39) Siehe G. P. 16, Nr. 4673, der Kaiser bemerkt dazu: „... die Petersburger Phrase auswendig gelernt." S. 137 ff.

40) Siehe For. Rel. 1900, S. 295, 304 ff., 1901, Appendix China, S. 28, 29, 37, 40, 57, 360 f.; Staatsarchiv, Bd. 65, Nr. 12432; G. P. 16, Nr. 4630. In Anbetracht der Gerüchte über russische Sonderabmachungen mit China erließ Hay sogar am 19. 2. 1901 eine Warnung an die chinesische Regierung, s. For. Rel. 1901, Appendix China, S. 360 ff.

Die amerikanischen Truppen zählten schon im Oktober nur noch 1400 Mann, 1. 5. 1901 nur noch 150 Mann (s. Walderſee III. S. 41, 120).

rung sich in dieser Frage befand, wird durch ein Schreiben Hays vom 7. September 1900 beleuchtet[41]):

„The dilemma is clear enough. We want to get out at the earliest possible moment. We do not want to have the appearance of being forced out, or frightened out, and we must not lose our proper influence in the final arrangement. If we leave Germany and England in Peking and retire with Russia, who has unquestionably made her bargain already with China, we not will seem to have been beaten, but we run a serious risk auf being really frozen out. Germany and England will feel resentful and will take no care of our interests and Russia will see us out winking."

Hieraus ergibt sich aber auch, wie mißtrauisch man in Washington gegenüber England und Deutschland war, und man kann wohl sagen, daß Englands Vorgehen in China um die Jahrhundertwende eine wunde Stelle im englisch-amerikanischen Verhältnis war, die sich während der Boxerunruhen noch vertiefen mußte[42]).

Deutschlands Beteiligung an der Niederschlagung der Boxeraufstände ist unlösbar mit dem Namen Waldersee, leider aber auch mit der sog. „Hunnenrede" des Kaisers verknüpft, mit der er die deutsche Expedition nach China in Kiel entließ[43]). Des Kaisers gelegentliche Entgleisungen und Übertreibungen[44]) dürfen wahrhaftig nicht als Charakteristikum deutscher Vorkriegspolitik gewertet werden, aber das geschah im Ausland, und besonders in den Vereinigten Staaten nur allzu oft[45]), und insofern sind sie nicht ohne Bedeutung für das deutsch-amerikanische Verhältnis geblieben.

Die Entsendung einer so großen Expedition (24000 Mann) nach

41) An H. White, s. Nevins a. a. O. S. 173, vgl. Dennis a. a. O. S. 257/258.

42) Vgl. hierzu auch Zühlke a. a. O. S. 169 und vgl. u. Anm. 164. Es ist unrichtig, wenn Treat a. a. O. S. 179 schreibt, USA. habe mit Japan und England während der ganzen Krise im Einvernehmen gehandelt.

43) Vgl. Europäischer Geschichtskalender 1900, S. 107.

44) ... die im Zusammenhang mit den Boxerwirren recht weit gingen. Es ist immer wieder von der „Rache" die Rede, die man an China nehmen müsse, von „Mordgesellen", „Peking dem Erdboden gleich machen", „Geiseln nehmen" usw., s. G. P. 16, S. 5; 14, 19, 32, 47, 96,98; vgl. Waldersee III. S. 11, 69 und Helmuth von Moltke, Erinnerungen, Briefe, Aufzeichnungen S. 242.

45) ... und besonders in diesem Fall. Es ist seitdem das Wort „Hunnen" als Schimpfname für die Deutschen nie wieder aus der amerikanischen Presse verschwunden; vgl. Leusser a. a. O. S. 41/42, Schieber a. a. O. S. 215.

China und die Übertragung des Oberbefehls über die internationalen Kontingente in China an einen deutschen Feldmarschall, die dem Ausland ziemlich ungeschickt aufgedrungen worden war, finden zwar in der Beleidigung, die Deutschland durch die Ermordung seines Gesandten in Peking widerfahren war, eine Erklärung, aber politisch gesehen waren sie doch unkluge Voreiligkeiten, die vom Kaiser und Militärs seiner Umgebung durchgesetzt worden waren [46]). Es handelte sich hierbei weniger um sachliche Maßnahmen — etwa zur Wiederherstellung der Ordnung in Peking — als vielmehr um eine Prestigeangelegenheit, um eine Satisfaktion. Das drückt sich u. a. deutlich darin aus, daß man die Befreiung der Gesandtschaften möglichst bis zum Eintreffen der deutschen Truppen und Waldersees aufzuschieben wünschte und ziemlich bestürzt war, als die internationale Armee ohne Deutschlands Beteiligung Peking genommen hatte. War doch die wesentliche Aufgabe der deutschen Expedition, den Mord an dem deutschen Gesandten zu sühnen und den Chinesen Furcht und Achtung, als Warnung für die Zukunft, einzuflößen [47]). Waldersee faßte selber seine Aufgabe nicht anders auf: In seinem abschließenden Bericht vom 1. Juni 1901 schreibt er [48]):

> „Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß das einzige Expeditionskorps, welches den Chinesen Sorge bereitet hat, das deutsche gewesen ist, und zweifle nicht daran, daß der Eindruck von längerer Dauer sein wird." Er spricht dann die Hoffnung aus, daß das Ansehen, das Deutschland sich mit der Expedition gewonnen habe, dem deutschen Kaufmann zugute kommen möge

Obwohl der Feldmarschall sich der politischen Schwierigkeiten seiner Stellung sehr bewußt war und sich durch sie beengt fühlte, versuchte er doch im besetzten Gebiet ein strenges Regiment durchzuführen. Er richtete die provisorische Regierung neu ein und handhabte die Gerichtsbarkeit sehr energisch [49]). Vor allen Dingen nahm er mili-

46) Vgl. Tirpitz, Erinnerungen, S. 143; Moltke a. a. O. S. 241 f.; Bülow, Denkwürdigkeiten I. S. 366 ff.

47) Vgl. G. P. 16, Nr. 4598, 4599, 4602, 4529, 4539, 4540, 4548, 4547, 4549, 4553, 4559, 4597 und S. 92, vgl. Waldersee III. S. 2, 6, 21; Deutsche Kolonial-Zeitung 1900, S. 371; Bülow a. a. O. I. S. 368 ff.

48) Siehe Waldersee III. S. 144.

49) Waldersee hatte zusammen mit dem französischen Befehlshaber die alten Instrumente der Pekinger Sternwarte als „Faustpfand" annektieren lassen. Der amerikanische General protestierte vergeblich dagegen, siehe Waldersee III.

tärische Operationen, sogenannte Strafexpeditionen, vor, die den Chinesen Achtung und Furcht einflößen und den Truppen Bewegung machen sollten [50]).

Amerika hatte dem deutschen Oberbefehl keine Schwierigkeiten entgegengesetzt, hatte aber doch selber nur unklar zugestimmt und der amerikanische Befehlshaber in Peking entzog sich denn auch Waldersees Oberbefehl unter dem Vorwand, daß seine Truppe zu klein sei [51]). Der durch des Kaisers Aussprüche mit einer recht unangenehmen Gloriole umgebene deutsche Oberbefehlshaber wurde von der amerikanischen Öffentlichkeit und Regierung mißtrauisch beobachtet. Die Presse schilderte ihn als Vollstrecker der Anweisungen, die der Kaiser in seiner schon erwähnten „Hunnenrede" gegeben habe und man fand an seiner Tätigkeit genug Gelegenheiten zu unfreundlichen Urteilen [52]). Besonders heftig wurden seine Strafexpeditionen kritisiert [53]). Die amerikanische Regierung ließ ausdrücklich feststellen, daß Amerika an der Expedition der alliierten Truppen nach Paoting-fu nicht beteiligt gewesen sei, und Conger beklagte sich im Februar über Waldersees Vorbereitungen zu einem Feldzug nach Schansi [54]). Tatsächlich zogen sich dann sogar die Franzosen, die als einzige hatten mitmachen wollen, von dem Unternehmen zurück, so

S. 64/65, vgl. S. 51/52 u. ö. Diese Instrumente mußten nach dem Versailler Frieden wieder an China zurückgegeben werden.

50) Siehe ebd. S. 28/29, 37, 42, 61, 95, 98, 104, 108, 125, 37 nach Paoting-fu Kalgan, nur geplant eine nach dem Jangtsetal, vgl. das Folgende.

51) Vgl. For. Rel. 1900, S. 331/332, Zühlke a. a. O. S. 186; Waldersee III. S. 41, 51. Amerika beteiligte sich auch nicht an der von Waldersee eingesetzten provisorischen Regierung, s. For. Rel. 1902, S. 185.

52) Vgl. Schieber a. a. O. S. 104 ff.; E. v. Halle, Deutschland und die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten von Amerika, S. 208 ff.; Root (später Nachfolger von Hay) sprach vom „much prepared Waldersee", s. Nevins a. a. O. S. 174 und vgl. Thayers bezeichnendes Urteil: „The Germans played the congenial rôle of the Huns in several districts" (s. II. S. 244/5); vgl. Dennis a. a. O. S. 228, 240 und vgl. die nächste Anm.

53) Siehe Schieber a. a. O. S. 101; Waldersee III, S. 28, 61, 99/100. Hay schrieb an H. White: „Everything appeared to be going well untill this promenade of Waldersee to Paoting-fu" (Thayer, Hay, II S. 245).

54) Siehe For. Rel. 1901, Appendix China, S. 46/47, 91/92 und s. Br. and For. St. Pap. Bd. 96, S. 1011/1012. Conger selber neigte naturgemäß zu energischerem Auftreten als seine Regierung, hielt aber ein rigoroses Vorgehen einer einzelnen Macht für gefährlich.

daß es nicht zur Ausführung kommen konnte [55]). Das Staatsdepartement in Washington verhielt sich überhaupt allen militärischen Maßnahmen gegenüber äußerst zurückhaltend [56]).

Die deutsche Regierung dagegen hielt die Expeditionen prinzipiell für gerechtfertigt, lehnte aber größere Operationen, wie die für das Jangtsetal geplante, aus politischen Gründen ab [57]). Der Kaiser persönlich war stolz auf die gute Wirkung der deutschen „Haubitzen und Feldartillerie" [58]). Waldersee schätzte den „großen moralischen Eindruck", den das Panzergeschwader und die deutschen Truppen in China machten, sehr hoch ein [59]), und er stimmte aus diesem Grunde anfangs mit der deutschen Regierung in dem Wunsch nach Beibehaltung der Schiffe und Aufrechterhaltung der Besetzung überein [60]). Erst als er sich immer mehr zur Untätigkeit verurteilt sah, eine Verminderung seiner Stellung und ungünstige Einflüsse auf die Truppen befürchten mußte, drang er in Berlin darauf, daß die Räumung beschleunigt werde. Er hatte erst selber die Ansicht vertreten, daß die Besetzung aufrechterhalten werden müsse, bis die Höhe der Kriegsentschädigungsforderung von China angenommen worden sei, bekämpfte dann aber den Standpunkt, daß noch die Sicherstellung der Zahlungen abgewartet werden müßte, bevor die Truppen zurückgezogen werden könnten [61]).

55) Siehe Waldersee III. S. 106.

56) Siehe For. Rel. 1901, Appendix China, S. 322/323. Es trat auch gegen die militärische Sicherung der Straße nach Tientsin ein. Den amerikanischen Truppen war auch zum Unterschied zu den andern das Plündern verboten, wenn das auch nicht immer eingehalten wurde (s. Waldersee III. S. 37). Amerika erstattete auch von den Truppen requiriertes Geld an China zurück, s. For. Rel. 1902, S. 129 ff.

57) Vgl. G. P. 16, Nr. 4696, Bülows Randbemerkung dazu, 4764 und s. S. 265, 4756, 4857.

58) Siehe Waldersee III. S. 46.

59) Siehe ebd. S. 67, 101, 151, 42, 106, er schrieb hier über die Expedition nach Schansi: „Ich denke, daß es von guter Wirkung sein muß, wenn der Vizekönig von Schansi nun auch gründliche Bekanntschaft mit unseren Truppen gemacht hat."

60) Siehe ebd. S. 96, 101, vgl. das Verhalten der deutschen Regierung in der Räumungsfrage G. P. 16, Kap. 107 und 108, für diesen Zusammenhang Nr. 4622 ff., 4633, 4686, 4695. Da Deutschland sie mit der Entschädigungsfrage verband und über diese lang keine Einigung erzielt werden konnte, zogen sich die Räumungsverhandlungen bis 1902 hin, vgl. auch For. Rel. 1901, Appendix China S. 137 ff., 1902 S. 186 ff.

61) Vgl. die vorige Anm. und s. Waldersee III, S. 102, 113, 115, 129, 132, 140.

Den Vereinigten Staaten kam es, wie gesagt, vor allen Dingen darauf an, die Boxerwirren so schnell, so geräuschlos und so friedlich wie möglich zu liquidieren, um wieder normale Verhältnisse in China herzustellen [62]). Deshalb war der amerikanischen Regierung am sofortigen Eintritt in Verhandlungen besonders gelegen, und sie anerkannte als erste Li Hung Chang als chinesischen Unterhändler, während die meisten anderen Mächte und auch Deutschland, das auf eine Beschleunigung der Verhandlungen keinen Wert legte, Li, den „Erzhalunken", wie der Kaiser ihn nannte, als unwürdig ablehnten [63]).

Während des ganzen Verlaufes der Boxerverhandlungen macht sich die verschiedene Tendenz der deutschen und amerikanischen Politik den Chinesen gegenüber bemerkbar. Es soll und kann auf diese hier nicht näher eingegangen werden. Sie sind nicht eigentlich ein Kapitel deutsch-amerikanischer Beziehungen und überhaupt für die außenpolitischen Beziehungen nicht sehr aufschlußreich. Die sich anläßlich dieser und jener Frage herausbildenden Gruppierungen sind vorübergehend und vielfach zufällig, denn jeder war auf die Erreichung nächstliegender Vorteile bedacht, und es zieht sich keine große Linie durch die Verhandlungen [64]).

Es soll hier nur die Frage der Bestrafung der Schuldigen und die der Kriegskostenentschädigung noch kurz behandelt werden, aber auch nur, weil sie und soweit sie die grundsätzliche Verschiedenheit deutscher und amerikanischer Chinapolitik zu jener Zeit beleuchten.

62) Vgl. o. Anm. 35 zu diesem Kapitel und Clements a. a. O. S. 139/140, Bau a. a. O. S. 197/198, Nevins a. a. O. S. 173.

63) Siehe For. Rel. 1900, S. 301/302, 334 ff., 340; 1901 Appendix China S. 22/23, 29; G. P. 16, Nr. 4614, 4615, 4617, 4620, 4656 u. ö. In Berlin wollte man ganz bewußt verhindern, daß vor Walderfees Eintreffen Verhandlungen in Gang kämen, s. Nr. 4643, 4650. Die vor China liegenden Admirale hatten beschlossen, Li nicht nach Peking gehen zu lassen (vgl. Zühlke a. a. O. S. 186/187), in Berlin wurde ernstlich seine Gefangennahme erwogen, gegen die aber Amerika ausdrücklich protestierte (s. G. P. 16, Nr. 4635, 4636 und S. 125). Auch in Amerika war man sich übrigens nicht über Lis Hinterhältigkeit und Bestechlichkeit im unklaren, wußte aber keine andere Persönlichkeit und wollte um jeden Preis zu Verhandlungen kommen. Außer USA. stimmte nur noch Rußland für Li, s. For. Rel. 1900, S. 375/376; 1901 Appendix China, S. 341 ff., Staatsarchiv, Bd. 65, Nr. 12428, 12457, vgl. Dennis a. a. O. S. 22.

64) Die politische Gruppenbildung wird von Zühlke a. a. O. S. 168 ff. sehr eingehend verfolgt, es ergibt sich aber nur eine recht unklare Zickzacklinie, da alles noch zu sehr im Fluß ist. Zühlke betont die Parallelität der russischen

Die deutschen, speziell des Kaisers[65]), Ansprüche auf Sühne und Genugtuung, die schon der Waldersee-Expedition zugrunde lagen, übertrugen sich auch bis zu einem gewissen Grad auf die Verhandlungen, die im Herbst 1900 zwischen den betroffenen Mächten und China allmählich in Gang kamen und in erster Etappe zur Abfassung eines vorläufigen Protokolls am Ende des Jahres 1900 führten. Besonders galt das natürlich von den Verhandlungen über die Bestrafung der Schuldigen. Mehr als in anderen Punkten stand die deutsche Vertretung, dadurch, daß das Hauptverbrechen an dem deutschen Gesandten verübt worden war, hier ganz bewußt in vorderster Linie[66]) und nahm eine Haltung ein, die von der amerikanischen Öffentlichkeit nicht verstanden und kritisiert, von der amerikanischen Regierung aber bekämpft wurde[67]).

Der Gegensatz deutscher und amerikanischer Einstellung äußerte sich an verschiedenen Punkten: Deutschland forderte, daß die Mächte eine Liste der zu bestrafenden Persönlichkeiten aufstellen, sich diese ausliefern lassen und die Urteile selber ausführen sollten[68]). Amerika dagegen trat dafür ein, daß dies alles China selbst überlassen werden müsse, da sonst die Autorität der chinesischen Regierung im eigenen Lande zu sehr beeinträchtigt würde. Auch müsse ihr die Auswahl der

---

und amerikanischen Politik (Räumungsfrage, Behandlung Lis usw.), muß aber selber zugeben, daß diese recht äußerlich ist (s. S. 169), von russophiler Einstellung der amerikanischen Politik zu reden, wie Langer es tut (Der russisch-japanische Krieg, Europäische Gespräche 1926), ist doch wohl nicht berechtigt. Aber auch eine englisch-amerikanische Zusammenarbeit, wie sie andere amerikanische Historiker herauslesen wollen (vgl. Dennis a. a. O. S. 131, 134, 183/184; Dennett a. a. O. S. 667; Treat a. a. O. S. 179; Nevins a. a. O. S. 176), ist nicht festzustellen. Dennis muß selber daneben feststellen, daß England zu jener Zeit zwischen Deutschland und Amerika schwankte (s. S. 235). Man denke an Hays Mißtrauen gegenüber Englands Verhalten in China (vgl. o. S. 73) und vgl. Zühlke a. a. O. S. 169. Die Annäherung in der Entschädigungsfrage vgl. unten.

65) Zühlke betont mit Recht, daß es eine persönliche gefühlsmäßige Einstellung war, die Deutschland in der Boxerkrise zu aktivem Vorgehen trieb (s. a. a. O. S. 173, 174).

66) Vgl. G. P. 16, Nr. 4692.

67) Vgl. Clements a. a. O. S. 93, 105/106; Dennis a. a. O. S. 234; Gerade Hay lehnte den deutschen Racheſtandpunkt entschieden ab und zeigte sich sehr empfindlich über Deutschlands „brutales" Verhalten, vgl. Nevins a. a. O. S. 173 ff., 177; Thayer, Hay, II. S. 245/246 und vgl. das Folgende.

68) Siehe G. P. 16, Nr. 4632, 4527 S. 119, 4643, 4663, 4676, 4678; Clements a. a. O. S. 189; For. Rel. 1900, S. 336/337, 341; 1901 Appendix China, S. 26 ff.

Schuldigen übertragen werden, weil nur solche verurteilt werden könnten, die nicht allzu großen Anhang im Volk hätten, da es sonst wieder zu Aufständen kommen könnte[69]). Die amerikanische Auffassung setzte sich hier weitgehend durch. Im Protokoll vom Dezember 1900 wurde der chinesischen Regierung die Bestrafung überlassen, aber die Ausführung der Urteile von den Delegierten weiterhin überwacht[70]).

Auch über das Strafmaß waren Deutschland und die Vereinigten Staaten verschiedener Meinung. Deutschland bestand in allen Fällen auf Todesstrafe, und es gelang nur den amerikanischen Bemühungen, statt dessen die Formulierung: „la peine la plus sévère" in die Note einzusetzen[71]). Noch in letzter Stunde kämpfte Hay, zwar vergebens, um die Beseitigung des Wortes „unwiderruflich" im Passus über die Bestrafung, dem der amerikanische Vertreter infolge eines Mißverständnisses zugestimmt hatte[72]).

Die Durchführung der Urteile brachte noch in den beiden folgenden Jahren viele Debatten mit sich, in denen Conger, angesichts der Verschleppungstaktik der Chinesen, oft nicht anders als der deutsche Vertreter ungeduldig und unzufrieden war. Aber die amerikanische Regierung bemühte sich trotzdem weiterhin einen möglichst milden Standpunkt durchzusetzen und Blutvergießen zu verhindern. Der amerikanische Gesandte muß sich noch verschiedentlich von Demarchen und Protesten der anderen Mächte fernhalten[73]).

---

69) Vgl. For. Rel. ebd. und S. 49, 342, 350/351; G. P. 16, Nr. 3670 ff., 4692; Staatsarchiv, Bd. 65, Nr. 12457; Dennis a. a. O. S. 234, Zühlke a. a. O. S. 195/196. Man meinte in Washington wohl mit Recht, daß die Hinrichtung eines so mächtigen Mannes wie des Führers des chinesischen Heeres Tuan, diesen nur zum „Halbgott" machen würde.

70) Vgl. den Text des Protokolls For. Rel. 1900, S. 2441 Mc Murray a. a. O. S. 309 ff., vgl. G. P. 16, Nr. 4676, 4692, vgl. For. Rel. 1901; Appendix China, S. 25/26, 344.

71) Vgl. den Text des Protokolls (s. Anm. 70) und For. Rel. 1901, Appendix China, S. 108, 113/114, 121; G. P. 16, Nr. 4672, 4676, 4692; For. Rel. 1900, S. XVI (Message to Congress), Clements a. a. O. S. 176/177.

72) Siehe For. Rel. 1901, Appendix China, S. 58, 361 ff.; G. P. 16, Nr. 4687; Nevins a. a. O. S. 179/180; Walderssee III, S. 73. Conger hatte ein Telegramm falsch entziffert, Dennis a. a. O. S. 239.

73) Vgl. For. Rel. ebd. S. 39, 349 ff., 1902, S. 191 ff. Deutschland hatte im Februar 1902 angeregt, daß das Protokoll vom Dezember 1900 verschärft werden sollte, Amerika konnte dies verhindern.

Jedenfalls hatte Amerika in der Frage der Bestrafung der Schuldigen erfolgreich einen mildernden Standpunkt besonders Deutschland gegenüber durchzusetzen vermocht[74]).

Dies sollte in den Verhandlungen über die Kriegsentschädigung nicht gelingen. Auch hier arbeiteten der deutsche und amerikanische Delegierte in ganz entgegengesetzter Richtung, obwohl der Gegensatz nicht ganz so offensichtlich ist, da fast alle Regierungen eine der deutschen ähnliche Haltung einnahmen und Amerikas Einfluß im Ergebnis nicht sichtbar geworden ist.

Schon der russische Vorschlag, die Entschädigungsfrage dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, wurde von der amerikanischen Regierung sofort aufgegriffen, von der deutschen aber abgelehnt[75]). Ebenso erging es dem amerikanischen Wunsch, eine Konferenz hierfür nach Washington zu berufen. Deutschland drängte auch England zur Ablehnung dieses Planes[76]).

Aus den unendlich langwierigen Verhandlungen kann nur das Wichtigste über Festsetzung der Höhe und Sicherstellung der Indemnitäten herausgegriffen werden.

Was die Höhe der zu fordernden Summe anbetrifft, so gingen die deutsche und amerikanische Regierung von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus: die Vereinigten Staaten wünschten sie so gering wie möglich und Chinas Zahlungsfähigkeit angemessen festzusetzen, um den Handel mit China nicht zu schädigen[77]). Deutschland dagegen war darauf bedacht, seine nicht geringen Unkosten einzutreiben, ja der Kaiser wünschte sogar noch etwas für die Flotte herauszuschlagen[78]). Obwohl auch die anderen Mächte nicht den amerikanischen Standpunkt teilten, mußte der deutsche Vertreter, Mumm von Schwartzenstein, doch die „unerfreuliche Tatsache" feststellen, „daß keine andere Macht ein ähnlich starkes Interesse wie wir an der

74) Das betont auch Garner, a. a. O. 59/60 und sieht es als Beweis an, wie wohltätig sich eine amerikanische Zusammenarbeit mit den anderen Mächten auswirken konnte.

75 Siehe For. Rel. 1900, S. 126/127, 381; G. P. 16, Nr. 4033 Richthofen/Metternich 7. 9. 1900, S. 121 des Kaisers Bemerkung zu, vgl. Br. and For. St. Pap. Bd. 96, S. 864.

76) Vgl. Zühlke a. a. O. S. 209/210, Clements a. a. O. S. 197.

77) Siehe G. P. 16, Nr. 4692, 4863; vgl. Dennis a. a. O. S. 246, vogl. das Folgende.

78) Siehe Walderſee III, S. 36, Zühlke a. a. O. S. 210, vgl. das Folgende.

Geltendmachung der Kriegskostenforderung hat, so daß die Gefahr der Isolierung nicht ausgeschlossen ist" [79]).

Schon im März 1901 hatte die amerikanische Regierung 40 Millionen Pfund Sterling als höchste Gesamtsumme bezeichnet, die man von China fordern könne. Als man sah, daß die anderen damit nicht einverstanden sein würden, erhöhte Hay die Summe auf 50 Millionen Pfund (200 Millionen Haikwan Taels). Rockhill, der Conger 1901 erst unterstützte, dann ablöste, sollte dies als Höchstforderung bei den Mächten durchsetzen oder Überweisung an das Haager Schiedsgericht veranlassen. Amerika erklärte sich zugleich bereit, die eigenen Forderungen auf die Hälfte herabzusetzen, falls die anderen das auch tun würden [80]). Keine der vertretenen Regierungen stimmte den amerikanischen Vorschlägen zu [81]), und Rockhill mußte schließlich im Mai der Forderung der europäischen Mächte von 450 Millionen Haikwan Taels (333 900 Dollar) zustimmen, obwohl Hay sie enorm fand [82]). Den Hauptwiderstand gegen Amerikas Bemühungen, China zu schonen, leistete Deutschland, das in diesem Fall von England unterstützt wurde, auch Österreich und Italien verschanzten sich hinter der deutschen Ablehnung [83]). Vor der endgültigen Abstimmung, in der mit amerikanischer Stimmenthaltung die 450 Millionen Taels einstimmig angenommen wurden, spitzte sich der deutsch-amerikanische Gegensatz noch zu einer erregten Kontroverse zwischen Mumm und Rockhill zu [84]). Amerika hatte zu seiner Haltung guten Grund, denn jede finanzielle Überlastung des chinesischen Staates mußte sich schädlich für den Handel in China auswirken. Das war ja auch der Grund, warum England immer mehr der amerikanischen Einstellung zuneigte [85]). Die angelsächsischen Mächte waren sich dann einig in dem Bemühen, eine Erhöhung der Seezölle zur Sicherstellung der Entschädigungskosten, die Deutschland durchgesetzt hatte, durch Handelskonzessionen auszugleichen [86/87]).

---

79) Siehe G. P. 16, Nr. 4692 Mumm/A.A. 13. 12. 1900.

80) Siehe For. Rel. 1901, Appendix China S. 356, 362, 366 ff., 142 ff.

81) Siehe ebd. S. 175 Rockhill/Hay 23. 5. 1901.

82) Siehe ebd. S. 371.

83) Siehe ebd. S. 171; vgl. über Englands Haltung auch Zühlke a. a. O. S. 210.

84) Siehe ebd. S. 142, Bericht Rockhills vom 23. 4. 1901.

85) Vgl. o. Anm. 64 und For. Rel. 1901, Appendix China, S. 49, 1269 ff., 368, 372, 378/379; Nevins a. a. O. S. 175.

86/87) Siehe ebd. S. 170/171, 228/229, 276/277, 298 ff.

Deutschland hatte seine Entschädigungsforderung schließlich auf 240 Millionen Mark festgesetzt, unter der Voraussetzung, daß Waldersee am 1. 7. zurückkehren werde [88]). Die Vereinigten Staaten hatten ihre Unkosten von Anfang an mit 25 Millionen Dollar angegeben, waren aber wohlweislich damit nicht hervorgetreten, solange noch ihr Vorschlag, daß nur 40 Millionen Pfund gefordert werden sollten, zur Debatte stand [89]). Sie behielten diese Summe auch endgültig bei, und der etwas unwirsche deutsche Vertreter äußerte auch hierüber sein Mißfallen und meinte, Amerika könne gut von Herabsetzung der Forderungen reden, es habe die eigenen viel zu hoch bemessen [90]). Diese Anklage war nicht unberechtigt. Denn als die Mächte schließlich die Entschädigungssummen zuerteilt erhielten (Deutschland 90 070 515 Taels, bzw. 20 % der Gesamtsumme, Amerika 34 072 500, 7,3 %) [91]), erstattete Amerika großzügig 10 Millionen Dollar an China zurück, da das Erhaltene die Unkosten überstieg. Auf Chinas Wunsch wurde dies Geld dazu benutzt, chinesische Studenten in den Vereinigten Staaten studieren zu lassen [92]). Amerika hatte sich hier, vielleicht bewußt, eine Gelegenheit geschaffen, seine väterliche Freundschaft für China ostentativ zum Ausdruck zu bringen, sich ein moralisches Prestige zu erwerben.

Wie alle anderen imperialistischen Mächte war auch Deutschland in China, um sich dort wirtschaftlich zu betätigen. Aber in den Boxerwirren wurde doch deutscherseits der mit der Zukunft rechnende handelspolitische Gesichtspunkt weitgehend durch den Sühnestandpunkt und durch die aus innerpolitischen Nöten erwachsende Sorge um das Geld verdrängt. Während die angelsächsischen Mächte in der Frage der Sicherstellung der Entschädigungssumme Chinas wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit möglichst zu schonen wünschten, schrieb Mumm von Schwarzenstein, England habe zwar Vorteile durch den Handel mit China, aber der „ackerbautreibende Steuerzahler"

88) Siehe G. P. 16, Nr. 4878 Bülow/Mumm 18. 3.

89) Siehe For. Rel. 1901, Appendix China, S. 128/129, Hay schrieb bezeichnenderweise, Rockhill solle für Amerika „a fair proportionate share" zu erlangen suchen.

90) Siehe G. P. 16, Nr. 4906 Mumm/Bülow 24. 4. 1901.

91) Vgl. das Protokoll vom 7. 9., s. Mc Murray a. a. O. S. 278 ff. und die Regelung vom 14. 6. 1902 ebd., S. 311.

92) Siehe ebd. S. 311 ff. Unter den Nutznießern war auch Sun Yat Sen, s. Jäckh, Amerika und Wir, S. 73. Amerikas Bemühungen um Verbesserung des chinesischen Erziehungswesens s. For. Rel. 1905, S. 179 ff., 1906 S. 342/343.

habe wenig von der Hebung des deutschen Exportes[93]). Bülow hob zwar in seinen Ausführungen im Reichstag über die Boxerkrise die Bedeutung des deutschen Handels mit China hervor, aber auch er betonte, daß Deutschland vor allem seine Ehre den Chinesen gegenüber verteidigen müsse und sein Geld wieder haben wolle[94]).

Bei Hays Bemühen um möglichste Reduzierung der Entschädigungsforderung spielte auch die Befürchtung mit, die Mächte könnten eine eventuelle Zahlungsunfähigkeit Chinas zu Landerwerbungen dort ausnutzen wollen[95]). Er dachte dabei nicht zuletzt an Deutschland, von dem er annahm, daß es womöglich zusammen mit England die Boxerunruhen zur Aufteilung Chinas benutzen wolle[96]), eine Ansicht, die verschiedentlich auftauchte[97]). Daß während der Liquidierung der Boxeraufstände in Berlin tatsächlich Erwerbungen in China ins Auge gefaßt und vom Kaiser und manchen in seiner Umgebung sehr gewünscht wurden, kann nicht bestritten werden. Bülow gab nachträglich zu, daß derartige Pläne bestanden haben[98/99]), und zwar bezogen sie sich auf das Jangtsetal und Schantung. Doch ein Vorgehen am Jangtse war nur mit oder gegen England möglich, und die deutsche Regierung zog es vor, mit England in diplomatische Verhandlungen über dieses Gebiet zu treten[100]), von denen noch an anderer Stelle die Rede sein wird. Auch die Besetzung des Hafens Tschifu

---

93) Siehe G. P. 16, Nr. 4852. Diese Worte scheinen noch besonders unbegreiflich in ihrer Verkennung deutscher Wirtschaftsverhältnisse, wenn man bedenkt, daß Mumm, wie Bülow ausdrücklich an ihm hervorhebt (Denkwürdigkeiten I, S. 438) aus einer alten Kaufmannsfamilie stammte und für gute handelspolitische Kenntnisse bekannt war.

94) Siehe Penzler a. a. O. I, S. 213, Deutsche Sühneforderungen: Enthauptungen des Soldaten, der — auf höheren Befehl — auf Ketteler geschossen hatte und Errichtung eines Ketteler-Denkmals an der Stelle seiner Ermordung (s. Text des Protokolls vom Dezember 1901, G. P. 16, Nr. 4527, 4550, Walderse III, S. 2, 69, For. Rel. 1901, Appendix China S. 6 a.

95) Siehe Rockhill, 8. 4. 1901, s. For. Rel. 1901, Appendix China S. 367/368.

96) Vgl. Thayer, Hay II. S. 246 ff. und das S. 117 dieses Kap. zit. Schreiben, vgl. Nevins a. a. O. S. 173.

97) Siehe G. P. 16, Nr. 4512, 4513, 4528, vgl. Memoiren des Vizekönigs Li Hung Tschang, S. 188/189.

98/99) Siehe G. P. 19, Nr. 6274 Bülow/Kaisler 24. 12. 1904.

100) Das deutsche Panzergeschwader sollte den Jangtse hinauf bis Nanking fahren und dort evtl. mit England zusammen Besetzungen vornehmen, s. G. P. 16, Nr. 4547, 4566, 4567 und S. 32; vgl. hierzu Zühlke a. a. O. S. 182 ff. und vgl. den nächsten Abschnitt dieses Kapitels über das „Jangtse-Abkommen".

an der Küste Schantungs, die der Kaiser auf die Ermordung Kettelers hin beschlossen hatte, kam aus militärischen, noch mehr als aus politischen Gründen nicht zur Ausführung [101]).

Des Kaisers „vage Ideen über die Aufteilung Chinas" [102]) teilte Ende des Jahres 1900 wohl niemand. Holstein schrieb am 14. 12. 1900 „... Von dem Augenblick, wo feststand, daß Deutschland sein Gebiet in China nicht vergrößern will..." [103]), gewiß gab es eine Zeit vor diesem „Augenblick", wo dies noch nicht feststand. Aber schon Bülows Instruktionen für Mumm von Schwarzenstein vom 23. 7. 1900 betonen die Ablehnung des Gedankens der Aufteilung und ein geschlossenes Vorgehen der Mächte [104]). Die politischen Verwicklungen, die ein Auseinanderfallen Chinas mit sich gebracht hätte, waren zu offensichtlich [105]). Die Urteile Prinz Heinrichs, Tirpitz', Stuebels über die Undurchführbarkeit der Besetzung Tschifus zeigen den Sieg des politischen über den kolonial-expansiven Gesichtspunkt [106]).

Die Boxerwirren waren eine der gefährlichsten Klippen, die das schwache chinesische Staatsschiff umschifft hat, ohne seine Existenz einzubüßen, wenn auch nicht, ohne erhebliche Verluste zu erleiden. Die Gefahr der Auflösung hatte ernsthaft gedroht [107]), aber weniger Amerikas Bemühen um Chinas Bestand, das man in Berlin anerkennen mußte [108]), als der Beuteneid der Mächte, die allseitige Furcht vor politischen Komplikationen hatten sie verhindert [109]). Jeder fürchtete, der andere könne sich zuviel nehmen, und dies bewahrte genau wie die Türkei auch den kranken Mann China vor dem Sterben. Das war in den Boxerwirren besonders deutlich geworden und sollte die deutsche Regierung endgültig zu einer Abkehr von der Politik der

101) Siehe G. P. 16, Nr. 4546, 4778, S. 277, Waldersee III, S. 54, 57 ff., 84, 104. Über Waldersees unaufrichtiges Verhalten in dieser Frage vgl. das Urteil bei Zühlke a. a. O. S. 208, Anm. Vgl. noch Moltke a. a. O. S. 240 ff.

102) So Waldersee III, S. 3, vgl. 57, vgl. G. P. 16, Nr. 4576, 4585.

103) Siehe G. P. 16, Nr. 4686.

104) Siehe ebd. S. 145, leider nur im Auszug wiedergegeben.

105) Vgl. ebd. Nr. 4582, 4778.

106) Siehe ebd. Nr. 4778.

107) Vgl. auch Die Memoiren des Vizekönigs Li Hung Tschang, S. 188/189.

108) ...wenn auch nicht gerade lobend, s. G. P. 16, Nr. 4673, Rußland und Amerika die „protecting powers", vgl. 4664, 4682, S. 175, 4686.

109) Das gibt auch Li zu, doch hebt er natürlich die Bedeutung von Amerikas Verhalten besonders hervor, a. a. O. S. 188/189, vgl. Waldersee III, S. 90/91.

Interessensphären und eine deutsch-amerikanische Annäherung in China bringen.

Deutschlands und Amerikas Politik der Offenen Tür und Erhaltung Chinas bis 1905.

1895 war Chinas Schwäche aller Welt offenkundig geworden. Mit dem weiteren Ausbau der Interessensphären wurde der imperialistische Wettkampf immer weniger ein Kampf gegen China selbst, als vielmehr ein solcher der Mächte untereinander. Immer deutlicher hoben sich England und Rußland als die stärksten Ausbeuter Chinas heraus und erschien Rußland von seiner geographischen Lage prädestiniert als die Bedrohung von Chinas Bestand. Sich in China weiterhin über die freie Handelsbetätigung hinaus Positionen schaffen, hieß immer offensichtlicher, sich mit England oder Rußland verbünden oder verfeinden. Schon die Erwerbung von Kiautschau hatte der deutschen Regierung große politische Schwierigkeiten bereitet. Die Boxerunruhen und anschließenden Verhandlungen ließen es noch klarer werden, daß eine Teilung Chinas nicht nur im gegenwärtigen Augenblick, sondern überhaupt für das in Übersee allein dastehende Deutschland unvorteilhaft sein mußte.

Es war ja nicht zuletzt die traditionelle Isolierungspolitik der Amerikaner gewesen, die sie zu Verfechtern der Offenen Tür und der Erhaltung Chinas hatte werden lassen. „There must be no alliances", hieß es auch in den Instruktionen des amerikanischen Vertreters für die an die Boxeraufstände anschließenden Verhandlungen [110]). Auch England war infolge seiner isolierten Stellung zur Zeit des ausgehenden Jahrhunderts und während der Boxerwirren von einer ausgesprochenen Interessensphärenpolitik teilweise abgekommen [111]). Während aber England bemüht war, seine „splendid isolation" aufzugeben und mit dem Abkommen mit Japan eine festere Position in Ostasien gewann, blieb Deutschland hier allein. Der negative Ausgang der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen um die Jahrhundertwende, so viel oder so wenig Aussichten auf Erfolg sie gehabt haben mögen [112]) —, bestärkte diese Haltung noch. Und wenn auch

110) Siehe For. Rel. 1900, S. 143, Hay/Conger 10. 6. 1900.

111) Vgl. Zühlke a. a. O. S. 189, und vgl. den Abschluß des Jangtseabkommens mit Deutschland 16. 10. 1900, vgl. unten.

112) Es kann für alle solche weltpolitischen Fragen jetzt auf Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, hingewiesen werden. Doch

Bülow und sogar Holstein einem Bündnis mit England nicht abgeneigt waren, so waren sie doch von einem unüberwindlichen Mißtrauen gegen die englische Politik beherrscht und in dem, wie wir heute sehen, völlig unberechtigten Glauben, daß Deutschland einer Bindung nicht unbedingt bedürfe, daß die Zeit für die deutsche Politik laufe und diese es sich erlauben könne, noch günstigere Konstellationen abzuwarten[113]). Es ist also auch der Wille zu einer mindestens vorläufigen Beibehaltung der Unabhängigkeit, zu einer Politik „der freien Hand" in Deutschland nicht zu verkennen und damit eine Parallele zur Politik der Vereinigten Staaten gegeben, jedoch mit dem für die weitere Entwicklung der Dinge sehr wichtigen Unterschied, daß auf amerikanischer Seite eine Hinwendung zu England, auf deutscher eine solche zu Rußland typisch ist.

Politik der Isolierung bedeutete in China Politik der Offenen Tür und der Erhaltung Chinas. Als isolierte Macht konnte Deutschland bei dem derzeitigen Stand seiner Flotte und seines Handels sich nicht weiter in China ausdehnen. Was für Deutschland entsprechend der Verbreitung seines Handels als weiteres Interessengebiet in Frage gekommen wäre, war das Jangtsetal, Englands Herrschaftsgebiet. Schon der englischen Politik fiel es schwer und gelang es nur in beschränkter Weise, sich hier durchzusetzen, wieviel weniger wäre es für Deutschland möglich gewesen, sich hier noch weiter vorzudrängen, außer etwa mit England gemeinsam. Dies hieß aber, sich gegen Rußland wenden[114]). Doch es galt schon jetzt trotz der zeitweiligen deutsch-russischen Verstimmung während der Boxeraufstände, für die deutsche Außenpolitik in dieser Hinsicht der Satz Holsteins, der sich in einer Aufzeichnung vom 29. 12. 1904 findet: „... daß Deutschlands ostasiatische Interessen gegen seine europäischen Interessen zurückstehen, welche letzteren auf eine Wahrung guter Beziehungen zu Rußland hinweisen"[115]). Wollte man eine Entscheidung zwischen England

muß seit dem Erscheinen der zweiten Chamberlain-Biographie von Garvin die Frage einer Verständigungsmöglichkeit zwischen Deutschland und England positiver beantwortet werden als Oncken es tut.

113) Vgl. dazu besonders G. P. 17, Nr. 4489, 4981 ff., 5027, Zühlke a. a. O. S. 153, 213, 220, 230. Zühlkes Darstellung zeigt sehr deutlich Deutschlands Schaukeln zwischen England und Rußland bis in die kleinsten Phasen der Bündnisverhandlungen hinein. Über das Jangtse-Abkommen s. u.

114) Solche Erwägungen sehr deutlich in Metternichs Bericht, bei Bülow, Denkwürdigkeiten I, S. 369 (ohne Datum).

115) Siehe G. P. 19, Nr. 6275, S. 555, vgl. auch Bülows Ausführungen im

und Rußland weiterhin vermeiden, so blieb gar nichts anderes als ein Eintreten für die Erhaltung Chinas, wenn auch in einem durch das Wohlwollen für Rußland begrenzten Sinne, wie sich zeigen wird.

Sogar ein Mann wie Walderſee kam unter dem Eindruck der Ereigniſſe in China zu der Anſchauung, daß — ganz abgeſehen von den militäriſchen Schwierigkeiten — jede gewaltſame Vergrößerung der deutſchen Intereſſenſphäre, ja jeder Landerwerb überhaupt, politiſch gefährlich und unnötig ſei. Eine Aufteilung Chinas, wie ſie der Kaiſer ſeiner Meinung nach zu wünſchen ſchien, erſchien ihm immer mehr als verderblich, und er kommt zu dem Ergebnis, daß im Gegenteil ein ſtarkes China ein gefährlicher Gegner für Rußland ſein werde und fährt dann fort [116]):

„Iſt dies richtig, ſo würde es ſowohl im Intereſſe Deutſchlands als Englands liegen, China ſchon aus dieſem Grunde behilflich zu ſein, ſich wirtſchaftlich zu heben und ſtark zu werden. Die Entwicklung der Handelsbeziehungen würde damit Hand in Hand gehen, ſie würde aber durch Landerwerb eher gehindert als gefördert werden ..."

Dieſer letzte Satz entſprach ganz der amerikaniſchen Auffaſſung, und es iſt bemerkenswert, daß ein Mann wie Walderſee ihn prägte. Obwohl das deutſche Auftreten in allem, was mit dem Boxeraufſtand zuſammenhing, ſehr wenig von ſolchen Erwägungen ſpüren läßt, tat doch das Auswärtige Amt ſchon im Jahre 1900 einen Schritt, der zeigt, daß es tatſächlich die Konſequenzen aus ſeiner Iſolierungspolitik in Oſtaſien zu ziehen willens war und eine aktive Vertretung der Offenen Tür im weiteren, alſo ſozuſagen im amerikaniſchen Sinne für notwendig hielt. Deutſchland ſchloß am 16. Oktober das ſogenannte „Jangtſeabkommen" mit England ab [117]).

„Da wir nicht darauf rechnen können, den Jangtſe — wenigſtens in abſehbarer Zeit — zu monopoliſieren, ſollte es unſere Aufgabe ſein, wenigſtens zu verhindern, daß England ihn monopoliſiert."

Reichstag am 10. 12. 1903, in denen er Deutſchlands rußlandfreundliche Politik gegen Bebels Angriffe verteidigt (ſ. Europäiſcher Geſchichtskalender 1903, S. 175) und vgl. Zühlke a. a. O. S. 74, 206 und das Folgende.

116) Siehe Walderſee III, S. 92, vgl. S. 4, 57, 90 ff., über ſein Verhalten gegenüber dem Plan, Tſchifu zu beſetzen (vgl. oben Anm. 101).

117) Vgl. Zühlke a. a. O. S. 191 ff. und das Folgende.

So schrieb Derenthall am 27. 7. 1900 an Bülow[118]) und dieser Satz kennzeichnet den Abschluß des Jangtseabkommens, ja Deutschlands zukünftige Politik der Offenen Tür, die sich daran schloß, überhaupt. Während man in Berlin noch ganz zu Unrecht den Amerikanern vorwarf, daß sie den Handel mit China monopolisieren wollten und die Offene Tür nur als Übergangsstadium ansähen[119]), ging man selbst schon zu amerikanischen Methoden der Erhaltung Chinas über.

Das Jangtseabkommen war ursprünglich als eine von allen interessierten Großmächten anzuerkennende Neutralisierung des Jangtsetales gedacht, und besonders der Kaiser wünschte mindestens eine Beteiligung der Vereinigten Staaten[120]). Die Beschränkung auf England und Deutschland war vor allem Hatzfeld zu verdanken[121]). Auch erfuhr das Auswärtige Amt über Petersburg, daß Amerika sich daran nicht interessiert zeige[122]), und so wurde erst der abgeschlossene Vertrag in Washington vorgelegt. Hay erklärte sich unter Hinweis auf ein Zirkular vom 6. September 1899 mit Artikel 1 und 2, die das gegenseitige Versprechen enthielten, für die Integrität Chinas einzutreten, einverstanden, zu Punkt 3, der im Falle einer Bedrohung der Offenen Tür gemeinsames Handeln vorsah, habe er nichts zu bemerken, da er ja nur die Vertragschließenden anginge[123]). In persönlichen Äußerungen bedauerte er England, daß es sich mit diesem Abkommen von Deutschland habe übers Ohr hauen lassen[124]). In Berlin wiederum war man der Ansicht, daß seine englandfreundliche Politik den Handelsinteressen der amerikanischen Kaufleute in China zuwiderliefe[125]).

118) Siehe G. P. 16, Nr. 4701.

119) Siehe ebd. Nr. 4711, ähnlich 4712, S. 212/213. Man faßte auch die amerikanische Erwerbung der Philippinen als Bedrohung des chinesischen Handels, als Operationsbasis gegen China auf, s. ebd. u. B. D. II, S. 9, Walderssee III, S. 11.

120) Siehe ebd. Nr. 4714, 4618, B. D. II S. 19. Über das Zustandekommen des Jangtseabkommens vgl. die ausführliche, den deutschen und englischen Akten folgende Darstellung Zühlkes a. a. O. S. 191 ff.

121) Siehe G. P. 16 Nr. 4719, 4749, England war gegen Einbeziehung Amerikas.

122) Siehe G. P. 16, Nr. 4705, vgl. Dennett a. a. O. S. 642.

123) Siehe Mc Murray a. a. O. S. 267, For. Rel. 1900, S. 343/344, 355, 1901 Appendix China S. 31 f. und vgl. B. D. II, S. 19 Fußnote, G. P. 16, S. 254, Fußnote, Bau a. a. O. S. 33/34.

124) Siehe Thayer, Hay II, S. 248, Dennis a. a. O. S. 238, vgl. Leusser a. a. O. S. 41.

125) Siehe G. P. 16, Nr. 4701, 4703, 4707.

Tatsächlich war das Jangtseabkommen sowohl in seiner unklaren Formulierung als auch in seiner späteren Rußland günstigen Auslegung, wie sich anläßlich des mandschurischen Bahnstreites 1901 zeigte [126]), nur ein verschleierter diplomatischer Ausdruck für Deutschlands Politik der freien Hand, die sich zwischen England und Rußland in der Schwebe zu halten bemühte, zugleich aber doch eine Anwendung dieser Isolierungspolitik auf China, eine erste deutsche Proklamation der Offenen Tür dort, in dem Sinne, wie sie von Amerika verfochten wurde.

Der Plan einer Internationalisierung des Jangtsebeckens wird von Deutschland, diesesmal gemeinsam mit Japan, 1902 wieder aufgegriffen. Man fürchtete, daß England nach Abschluß der Verhandlungen über die Entschädigungskosten in Mißachtung des Abkommens von 1900 separate Vorteile am Jangtse zu erwerben trachte und vermutete eine geheime Abmachung zwischen England und China [127]). Auch hier hoffte man auf amerikanische Hilfe [128]). Der Plan kam nur insofern zur Ausführung, als China sich in einer Erklärung an Deutschland verpflichtete, keiner Macht Sondervorteile, nicht nur am Jangtse, wie die deutsche Regierung gewünscht hatte, sondern in China überhaupt zu gewähren [129]). Diese Erklärung der chinesischen Regierung wurde in Berlin wie das Jangtseabkommen selbst als eine Vervollständigung der Hayschen Note von 1899 aufgefaßt, da China derselben nicht beigetreten sei [130]). Soweit war man sich schon der Annäherung an die amerikanische Chinapolitik bewußt geworden.

Das Jangtseabkommen war abgeschlossen worden, um England am Jangtse Beschränkung aufzuerlegen. Viel gefährlicher für die Offene

---

126) Vgl. Zühlkes ausführliche Darstellung u. Analyse a. a. O. S. 210 ff., vgl. 204 ff., auch Zühlke kommt zu dem Ergebnis, daß es fraglich ist, ob der Abschluß des Abkommens für England lohnte. Vgl. auch Bülows Ausführungen im Reichstag 19. 3. 1901, s. Penzler I, S. 213.

127) Siehe G. P. 4948, 4952, vgl. auch Holsteins Randbemerkung zu 4961, vgl. Zühlke a. a. O. S. 247/248.

128) Siehe 4948, 4962, faktisch trat man aber nur an Frankreich heran, s. Zühlke a. a. O. S. 248.

129) Siehe G. P. 16, Nr. 4969, vgl. Zühlke a. a. O. S. 248/249; Bau a. a. O. S. 35. Man hatte versucht, diese Verhandlungen mit China vor England geheim zu halten. Als dies davon dann doch erfuhr, arbeitete das F. O. sofort in Peking gegen Deutschland und erreichte so, daß der deutsche Plan nicht in der ursprünglichen Form zur Ausführung kam. Vgl. B. D. II, Nr. 155, 156, 160 ff.

130) Siehe G. P. 16, Nr. 4964 Bülow/Metternich 26. 10. 1902.

Tür und den Bestand Chinas war aber doch Rußlands Vorrücken in der Mandschurei [131]). Die deutsche Regierung zeigte aber schon bei diesem ersten aktiven Schritt zu einer neuen Chinapolitik, daß sie diese Tatsache zu ignorieren wünschte. Holstein schrieb zwar am 12. 7. 1902, eine Aufteilung oder Schrumpfung Chinas werde, von der Politik ganz abgesehen, wirtschaftlich nachteilig für Deutschland sein [132]), und der wirtschaftliche Gesichtspunkt kommt immer mehr im deutschen Auswärtigen Amt zur Geltung, aber bis 1907 ist nie von deutschen Handelsinteressen in der Mandschurei die Rede [133]). Deutschland beteiligte sich zwar noch an der von Amerika angeregten Warnung an China am 19. 2. 1901, es solle keine Sonderabkommen, d. i. kein Abkommen mit Rußland, eingehen [134]). Aber das war auch nur in dem Unmut über Rußlands hinterhältiges Vorgehen in China möglich gewesen und wurde von Bülow schon als zu weitgehend empfunden [135]). Um keine Unklarheit über Deutschlands Stellung zu Rußland in Amerika aufkommen zu lassen, gab Richthofen durch Henry White in London deutlich zu verstehen, daß Deutschland nicht in der Mandschurei, d. h. gegen Rußland, für die Offene Tür eintreten könne und daß der Kaiser immer auf Rußlands Seite stehen werde [136]).

Wie episodisch dagegen die russisch-amerikanische Annäherung während der Boxerunruhen war, sollte sich nur zu bald herausstellen. Amerika konnte die Mandschurei, in der es große Handelsinteressen hatte [137]), nicht den Russen preisgeben. Zwar meinte Rockhill noch im Mai 1902, daß Rußlands Vorgehen in Nordchina dem amerikanischen

131) Sowohl sachlich gesehen, da es sich ja hier um Aneignung von Territorium handelt, als auch gerade nach amerikanischer Auffassung, dies wird deutlich in dm schon zitierten Aufsatz von W. C. Jameson Reid (in Political Science Quaterly, 1903), s. besonders S. 189/90.

132) Siehe G. P. 19, Nr. 5921.

133) Vielmehr betonte man, Deutschland habe „kein politisches Interesse an der Mandschurei", vgl. Bülow im Reichstag 19. 3. 1901, s. o. Anm. 94 und G. P. 19, Nr. 6264. Es hätte heißen müssen: kein wirtschaftsimperialistisches Interesse! Vgl. hierzu u. S. 99.

134) Siehe G. P. 16, Nr. 4812, 4813, For. Rel. 1901, Appendix China S. 363/364, vgl. Näheres über die Neutralitätszusagen an England, Zühlke a. a. O. S. 216 ff.

135) Vgl. G. P. 16, Nr. 4812, S. 330; Bemerkung Holsteins zu 4829, Bülows zu 4836, vgl. 4838 und Kaisers Bemerkungen dazu.

136) Siehe Dennis a. a. O. S. 273/274 (aus Dep. of State), das Gespräch fand am 26. 2. statt. Nicht bei Nevins.

137) Vgl. Zühlke a. a. O. S. 255; Roosevelt-Lodge Corresp. II, S. 15.

Handel wohl nicht schaden werde, da die Offene Tür gewahrt werde, und Hay gab diese Anschauung auch an den Präsidenten weiter [138]). Aber Rockhill hatte wohl auch eine allzu liberale Auffassung von der open door policy. Hay hatte selber schon am 1. 2. 1902 wieder eine Warnung an China ergehen lassen müssen, da es drauf und dran zu sein schien, Rußland die ganze Mandschurei zu überantworten. Kurz nach dieser Demarche erfolgte die Veröffentlichung des englisch-japanischen Bündnisses, ganz unabhängig davon, und beides wirkte zusammen, Rußland zum freilich recht zögernden Rückzug zu bewegen. Amerika arbeitete weiterhin mit Japan und England daran, Rußland unter dem Motto der Offenen Tür die Mandschurei zu entreißen, zwar ohne großen Erfolg. Rußland blieb schon auf halbem Weg wieder stehen, und es gelang Hay nur, die Öffnung von Mukden und Totang für den freien Handelsverkehr zu erreichen. Von einer weiteren Räumung mandschurischen Gebietes war angesichts der russischen Hartnäckigkeit schon gar nicht mehr die Rede [139]).

Hay hatte durch diesen Kampf gegen Rußland Amerika nahe an Japan und England herangeschoben, ja — wie amerikanische Geschichtsschreiber es ausdrücken — zum stillen Teilhaber am englisch-japanischen Bündnis gemacht [140]). Deutschland konnte an dieser gegen Rußland gerichteten Politik keinen Anteil haben. Seine Chinapolitik war nur gegen England gerichtet, und man war sich vorläufig nur darin mit Amerika einig, daß beide diese ihre verschiedene Chinapolitik im Namen der Offenen Tür und Erhaltung Chinas machten. Die englisch-amerikanische Zusammenarbeit ist noch besonders bedeutsam, wenn man bedenkt, daß zur gleichen Zeit der Venezuelakonflikt auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans den Willen offenbarte, die angelsächsische Freundschaft nicht zerfallen zu lassen [141]).

Amerika hatte trotz allem nicht viel gegen Rußland ausgerichtet. Der Unwille gegen diese Macht stieg in den Vereinigten Staaten

---

138) Siehe Dennis a. a. O. S. 213/214, Dennett, Roosevelt and the Russo-Japanese War, S. 135/136.

139) Siehe For. Rel. 1902, S. 71 ff., bes. 275/276, 926 ff., bes. 928; 1903 S. 53 ff.; vgl. Bau a. a. O. S. 40 ff., 201/202; Dennett a. a. O. S. 130 ff., Zühlke a. a. O. S. 254/255. Amerika hatte schließlich nur die Öffnung von 3 Häfen gefordert, aber nicht einmal das erreicht.

140) So Dennett a. a. O. S. 130/131, vgl. Langer, Der russisch-japanische Krieg, Europäische Gespräche 1926, S. 311.

141) Vgl. oben Kapitel II dieser Arbeit.

immer mehr. Anschluß an England und Japan wurde von manchen gefordert, denn England in der Mandschurei zu haben, sei besser als Rußlands Herrschaft dort, da England die Offene Tür respektieren werde. Sogar Japans Vordringen dort erschien als geringeres Übel [142]). Der Präsident Roosevelt selber und sein Freund, der Senator Lodge, waren unzufrieden mit Amerikas schlapper Haltung gegenüber Rußland [143]), aber Roosevelt nahm jetzt immer mehr selber die außenpolitischen Verhandlungen in seine Hand, und er sollte erkennen, wie schwer den Russen in der Mandschurei mit amerikanischer Politik beizukommen war. —

Zugleich mit der Ablehnung, sich an einer — doch gegen England gerichteten — Internationalisierung des Jangtsebeckens zu beteiligen, hatte die amerikanische Regierung ein Kollektivprotektorat über Gesamtchina vorgeschlagen, vor allem natürlich im Hinblick auf die Vorgänge in der Mandschurei. Darauf ging man in Berlin in Rücksicht auf Rußland nicht ein [144]). Das entsprach ganz der deutschen Grundhaltung. Aber zielten die amerikanischen Staatsmänner auch hier wieder auf Einbeziehung der Mandschurei, so war das doch ein Versuch, der ebenso vergeblich bleiben konnte, wie frühere es waren und zukünftige es sein sollten. Theoretisch haben Hay und Roosevelt das Gebiet der russischen Vorherrschaft in alle solche Erklärungen einbezogen [145]), praktisch wurde dies aber immer mehr illusorisch. Gerade Roosevelts ostasiatische Politik sollte einen Rückzug der Vereinigten Staaten aus Nordchina bringen, dessen Auswirkungen bis jetzt noch nicht wieder gutgemacht werden konnten.

Amerika hatte sich zwar dazu herbeigelassen, an der Liquidierung der Boxerwirren mit den anderen Mächten zusammenzuarbeiten. Aber es hatte schon hier keine wirksame Maßnahme gegen Rußlands Vordringen ergriffen [146]): und wie vergeblich waren Hays Bemühungen 1903/03 um die Öffnung der Mandschurei letzten Endes! Es

142) Vgl. den schon erwähnten Aufsatz von Jameson Reid S. 194 ff., Dennett a. a. O. S. 307 ff., bringt Zeitschriftenstimmen.

143) Siehe Roosevelt-Lodge Corresp. II, S. 15, Dennett a. a. O. S. 136 ff.

144) Siehe G. P. 16, Nr. 4962, 4974.

145) Das betont Bau a. a. O. S. 126, vgl. auch G. P. 19, Nr. 6263.

146) Dennett (Americans in Eastern Asia, S. 667) schreibt, es wäre 1901 möglich gewesen, eine Konvention zwischen Deutschland, England, Japan und Amerika zusammenzubringen zur Erhaltung Chinas, wenn Amerika bereit gewesen wäre, sein Teil an Militär zu opfern; seine Isolierung aufzugeben muß es doch wohl heißen, vgl. S. 93 dieser Arbeit.

gab Stimmen in Amerika, die nach Ausbruch des russisch-japanischen Krieges 1904 die Ansicht äußerten, dieser hätte vermieden werden können, wenn Hay energisch gegen Rußland aufgetreten wäre, auch Conger gehörte zu denen, die das meinten [147]). Das hätte Hay aber doch nur gekonnt, wenn Amerika bereit war, aus seiner Isolierung herauszutreten, mit anderen Mächten aktiv zusammenzuarbeiten, und wenn es entschlossen gewesen wäre, sich für die Mandschurei zu schlagen. Hay war sich darüber im klaren, daß das amerikanische Volk dies nicht wollte und er war sich der Schranken der amerikanischen Chinapolitik wohl bewußt. Er schrieb darüber am 22. Mai 1903 [148]):

> „The Chinese as well as the Russians seem to know that the strength of our position is entirely moral and if the Russians are convinced that we will not fight — as I suppose we will not — and the Chinese are convinced that they have nothing but good to expect from us and nothing but beating from Russia the open hand will not be so convincing to the poor devils of Chinese as the raised club. Still we must do the best we can with the means at our disposal."

Die Politik der Unabhängigkeit und Non-Intervention erwies sich als unzureichend für eine wirksame Politik der Offenen Tür, das mußte Roosevelt selbst einsehen, sobald er die ostasiatische Frage, wie dies im russisch-japanischen Krieg geschah — von Hay übernahm. Er schrieb nachträglich [149]), er habe es nie für richtig gehalten, eine Politik des Scheins (des „bluff") zu machen, habe gewußt, daß Amerika nicht für die Mandschurei kämpfen wolle und könne und deshalb den Dingen dort lieber ihren Lauf gelassen. Die traditionellen, konservativen Kräfte waren im amerikanischen Volk zu stark, als daß sie eine Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik um seiner Chinainteressen willen zugelassen hätten, während England neue Wege zur Wahrung seiner Stellung in China einschlug.

Am Vorabend des Ausbruches des russisch-japanischen Krieges sprach Roosevelt gegenüber Speck von Sternburg ganz offen aus,

---

147) Siehe Dennett, Roosevelt and the Russo-Japanese War, S. 136/137 Anm. 1.

148) Siehe Thayer, Hay II, S. 369.

149) An Knox, anläßlich dessen Versuch, die Mandschurei zu internationalisieren (vgl. unten Kap. V dieser Arbeit) am 22. 12. 1910, s. Dennett a. a. O. S. 320; vgl. auch Dennis a. a. O. S. 243 und o. Anm. 151.

daß Amerika „Rußlands Versicherungen bezüglich Freihaltung des Handels in der Mandschurei" kein Vertrauen mehr schenken könne [150]). Als die militärischen Erfolge Japans die amerikanischen Sympathien für diese Macht schon etwas gedämpft hatten meinte er: „Die Vereinigten Staaten würden eine russische Vorherrschaft in der Mandschurei anerkennen und nur freien Handel dort verlangen [151]). Da ja aber dieser eingestandenermaßen nicht mehr zu haben war, kann man wohl sagen, daß Amerikas Resignation in der Mandschurei schon damals eine Tatsache war, wenn sie auch vielleicht erst in jüngster Zeit voll offenbar geworden ist.

Auch Roosevelts aktiver diplomatischer Tätigkeit im russisch-japanischen Krieg sollte es nicht gelingen, das mandschurische Problem für Amerika günstiger zu gestalten. Schon im März 1904 hatte er eingesehen, daß nicht *mehr* als Erhaltung des status quo in Nordchina zu erreichen war [152]). Wenn er noch im August an Speck von Sternburg schrieb: „I believe in the open door for the Yangtze just as much as for Manchuria" [153]), so glaubte er doch selbst schon nicht mehr ernstlich daran. Das deutsche Auswärtige Amt schrieb hierzu: „Dieses Programm ist auch für uns durchaus annehmbar. Auch wir haben uns schon früher zu dem Grundsatz der Offenen Tür für ganz China, also auch für den Jangtse und für die Mandschurei, bekannt" [154]). Daß man hier Jangtse und Mandschurei schrieb und doch *nur* Jangtse meinte, geht sogleich aus der Fortsetzung desselben Promemoria hervor: „Gehen wir nach diesem Programm Hand in Hand mit den Vereinigten Staaten, so gewinnen wir an diesen einen festen Halt für unsere *Jangtseinteressen gegenüber der übermächtigen Position Englands* und treten überhaupt aus unserer ... lähmenden Isolierung heraus" [155]). In Bülows Anweisung an den deutschen Botschafter heißt es denn auch, er solle danach streben, daß Roosevelt sich für die Offene Tür, besonders am Jangtse, möglichst fest engagiert [156]).

150) Siehe G. P. 19, Nr. 5978 Speck/A.A. 6. 2. 1904.

151) Siehe ebd. Nr. 5994 Speck/Bülow 9. 5. 1904.

152) Siehe ebd. Nr. 5992 Speck/A.A. 21. 3. 1904.

153) Siehe ebd. Nr. 6263 Speck/A.A. 17. 8. 1904.

154) Siehe ebd. Anlage zu Nr. 6264: Promemoria des Auswärtigen Amtes vom 24. 8., S. 538. Sperrungen sind vom Verf. vorgenommen, auch im Folgenden.

155) Siehe ebd.

156) Siehe ebd. Nr. 6265 Bülow/Speck 5. 9. 1904, vgl. 6264.

Damit hatte Deutschland bis zu einem gewissen Grade tatsächlich Erfolg, und es kam während des russisch-japanischen Krieges mehr denn je zuvor zu einer deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit für die Erhaltung Chinas. Die Voraussetzung dafür war aber eben doch, daß Roosevelt in der mandschurischen Frage weitgehend resignierte. Die rein weltpolitische Seite der deutsch-amerikanischen Annäherung während dieser Zeit wird im nächsten Kapitel berührt werden. Hier sollen nur die China selbst und die Stellung der Mächte dort betreffenden Punkte erörtert werden, soweit sie sich herauslösen lassen.

Schon vor Ausbruch des russisch-japanischen Krieges waren im New York Daily Herald wieder einmal Verdächtigungen gegen Deutschlands Chinapolitik ausgesprochen worden. Es hieß, Deutschland habe sich als Lohn für die Absperrung der Ostsee von Rußland die Provinz Tschili versprechen lassen [157]), und zugleich lancierte die französische Regierung den Plan, die Neutralität Tschilis im Kriegsfalle von den Mächten garantieren zu lassen [158]). Um den Verdacht von sich abzulenken und zugleich eventuelle Sonderpläne Frankreichs in Südchina und Englands am Jangtse im Keim zu ersticken, griff die deutsche Regierung den Neutralisierungsplan auf und legte Roosevelt nahe, doch seinerseits die Initiative zu einer Neutralisierung ganz Chinas außerhalb des Kriegsschauplatzes zu ergreifen und so den Krieg zu lokalisieren [159]). Zum Kriegsschauplatz rechnete man natürlich die Mandschurei und ließ dies ausdrücklich in Petersburg klarlegen, wo man inzwischen erfahren hatte, daß Deutschland die Anregung zu dem Neutralitätsplan gegeben hatte [160]). Und indem Bülow eine ausführliche quasi entschuldigende Darstellung der Entstehung dieses Planes und des deutschen Anteils daran dem deutschen Botschafter in Petersburg zur Verwertung zukommen ließ, trug er auch auf, zu erklären, daß die deutsche Regierung eine eventuelle japanische Forderung nach Feststellung der Souveränitätsverhältnisse in der Mandschurei kategorisch zurückweisen werde [161]). Man bemühte sich so, wie während des ganzen Krieges, ein Zusammengehen mit

157) Siehe ebd. S. 88 und Nr. 5977 Bülow/Mumm 5. 2. 1904.

158) Siehe ebd. Nr. 5976.

159) Siehe ebd. Holsteins Bemerkung zu 5976, 5977 und S. 99, die Anregung ging von Holstein aus. Vgl. auch für das Folgende die ausführliche Darstellung Leussers a. a. O. S. 63 ff.

160) Siehe G. P. 19, Nr. 5984, 5990.

161) Siehe ebd. Nr. 5987.

Amerika und Rußland zu verbinden, was selbstverständlich nicht ohne eine gewisse Doppelzüngigkeit möglich war.

Roosevelt ging auf die deutsche Anregung ein und erließ sofort nach Kriegsausbruch an die Großmächte und China selbst eine entsprechende Note. Deutschlands versteckte Ausnahme der Mandschurei wurde auf Hays Rat in der Weise umgangen, daß man dem entscheidenden Satz folgende Formulierung gab: die Mächte sollten sich verpflichten, „to induce them (die Kriegführenden) to respect the neutrality of China and in all probable ways her administrative entity" [162]). Die Mächte, auch China, stimmten der amerikanischen Note zu [163]). Deutschland selbst erklärte, daß es den amerikanischen Vorschlag annehme und entsprechende Instruktionen nach Tokio, Petersburg und Peking gehen lassen werde. Richthofen ließ noch hinzufügen, daß Deutschland bereit sei, „to cooperate with the United States in so far as this may be compatible with the respective military interests of the two ‚belligerant Powers'". Und wieder ließ man in Petersburg ausdrücklich betonen, daß man mit dieser Einschränkung die Rücksicht auf das russische Interesse gewahrt zu haben glaube [164]). Rußland stimmte der amerikanischen Note zwar auch zu, wies aber darauf hin, daß die Mandschurei zur Zone der militärischen Operationen zu rechnen sei [165]).

Die weltpolitische Konstellation brachte es mit sich, daß die deutsche Regierung für gut hielt, die Gemeinsamkeit des deutschen und amerikanischen Eintretens für Chinas Existenz zu betonen. Bülow wünschte, daß Roosevelt sich daran gewöhne, „in chinesischen Fragen Hand in Hand mit Deutschland zu gehen", und der deutsche Botschafter in Washington sollte bei „Besprechung derartiger Gegenstände immer wieder hervorheben, daß Deutschland keine Erweiterung seines Landbesitzes in China erstrebe, sondern die Aufrechterhaltung des Prinzips der Offenen Tür als Hauptinteresse verfolgt". Es wurde auch hier

162) Siehe ebd. Nr. 5980, 5981, 5984; Dennett a. a. O. S. 69/70, 81; Thayer, Hay II, S. 372, For. Rel. 1904, S. 310.

163) Siehe ebd. S. 310 ff.; G. P. 19, Nr. 5990; China mußte im März und April nochmals Amerika seinen Willen, neutral zu bleiben, zusichern, s. For. Rel. 1904, S. 118.

164) Siehe G. P. 19, Nr. 5981 Richthofen/Alvensleben 9. 2. 1904. Es ist interessant, daß Deutschland vor England verheimlichte, wer die amerikanische Note angeregt hatte. Metternich meinte, Japan werde doch wohl nur zustimmen, wenn die Mandschurei ausgenommen werde; s. B. D. III, Nr. 199.

165) Siehe G. P. 19, Nr. 5990.

wieder hinzugefügt, daß Deutschland „selbstredend zunächst nur denjenigen Teil des Reiches im Auge" habe, „welcher nicht zur Zeit Schauplatz bzw. Gegenstand des russisch-japanischen Krieges ist" [166]). Auch Roosevelt war ganz auf Zusammenarbeit mit der deutschen Regierung eingestellt und wollte sich „vorher mit Deutschland über alle dortigen (chinesischen) Fragen erst klar verständigen und ist dann bereit, für Durchführung derselben die Initiative zu ergreifen" [167]). Man war in Berlin überzeugt, daß der amerikanische Präsident es „ehrlich" meine [168]), war aber doch auf der Hut, sich „nicht der ostasiatischen Politik Amerikas zuliebe in Gegensatz zu Rußland bringen zu lassen [169]). Aber es schien doch nicht aussichtslos, Amerika gegen England und Frankreich vorzuschieben.

Das Mißtrauen gegen englische Ausdehnungspläne im Jangtse war in Berlin sehr lebhaft und man wünschte es auch Roosevelt einzuflößen [170]). Gerüchte wurden vorsichtig nach Washington kolportiert, und es gelang, den Präsidenten wachsam zu machen. Er ließ sogar, da er Japan im Hintergrunde vermutete, wohl auch um sich nicht direkt gegen England wenden zu müssen, eine leichte Warnung in Tokio aussprechen [171]). Dies machte Bülow kühn und verleitete ihn, eine Art Entente in bezug auf gemeinsames Vorgehen in China, falls dort gefährliche Ereignisse eintreten sollten, vorzuschlagen. Dies Angebot wurde nicht einmal rundweg, sondern erst nach drei Wochen,

166) Siehe G. P. 19, Nr. 6268 Bülow/Speck 22. 10. 1904.

167) Siehe ebd. Nr. 6264 Bülow/Kaiser 31. 8., S. 536, es wird hier ein Telegramm Specks vom 11. 8. wiedergegeben.

168) Siehe ebd. Anlage zu Nr. 6264 (das schon erwähnte Promemoria des Auswärtigen Amtes).

169) Siehe G. P. 19, Nr. 6274, vgl. 6275, S. 555. Selbstverständlich mußte die deutsche Regierung aus dieser Einstellung heraus Roosevelts Vorschlag vom August, daß die Neutralität der Mandschurei durch die Mächte garantiert und diese unter die Kontrolle eines „von Deutschland, nicht von England zu ernennenden chinesischen Vizekönigs gestellt" werden sollte, ablehnen. Er ist wohl auch nicht gerade ernst zu nehmen, war vielleicht als Falle für Deutschland gedacht. Der Kaiser bemerkte dazu: „Keine Rede! Die kriegen die Chinesen wieder, denen sie gehört...!" Bülow ließ Speck in diesem Sinne antworten; s. G. P. 19, Nr. 6264, vgl. 6265.

170) Siehe bes. Holsteins Aufzeichnung, Nr. 6275 und vgl. das Folgende.

171) Siehe ebd. Nr. 6259 Mühlberg/Bülow 4. 8., 6260 Bülow/A.A. 5. 8., 6262 Speck/A.A. 12. 8., 6263, 6267 Ders. 17. 8. und 13. 10., vgl. 6261 Metternich/A.A. 10. 8.

und zwar auf Betreiben Hays abgelehnt[172]). Daß gerade Hay der treibende Faktor war, beweist, daß hierbei die Rücksicht auf England das Entscheidende gewesen sein muß.

Das deutsche Auswärtige Amt sann weiter auf Mittel, Chinas Aufteilung zu verhindern und schlug auf Holsteins Rat Anfang Januar 1905 Roosevelt vor, die in Frage stehenden Mächte zu einer „Uneigennützigkeitserklärung" aufzufordern. Speck ließ Roosevelt in einem Privatbrief im Auftrag des deutschen Kaisers bitten: „You should ask all Powers having interest in the Far East including the minor ones, wether they were prepared to give a pledge not to demand any compensation for themselves in any shape of territory or other compensation in China or elsewhere for services rendered to the belligerents in the interest of peace or any other reason. Such a request would force the Powers to show their hands and any latent designs directed against the open door or integrity of China would immediately become apparent. Without this pledge the belligerents would find it impossible to obtain any territorial advantages without simultaneously promoting selfish aims of the neutral brokers." Gebietsabtretungen an die Kriegführenden würden dagegen unvermeidlich sein[173]). Hay nahm auch hier wieder an der vorsichtigen Umgehung der Mandschurei Anstoß, erließ aber doch auf Roosevelts Wunsch am 13. Januar ein entsprechendes Rundschreiben an England, Frankreich und Italien und erhielt von ihnen zusagende Antworten[174]). Auch die deutsche Regierung erhielt vom amerikanischen Botschafter die Anfrage offiziell zugestellt und antwortete selbstverständlich positiv: die kaiserliche Regierung sei mit den dargelegten Prinzipien voll einverstanden und habe sich schon „wiederholt für die Prinzipien der Integrität Chinas und der Offenen Tür erklärt". Es wurde dann auf das Jangtseabkommen von 1900 hingewiesen, welches damals allen interessierten Mächten mitgeteilt worden sei, es bedürfe

172) Siehe ebd. Nr. 6272 f., 6268 f., Dennett a. a. O. S. 81/82. Es wurden konstitutionelle Bedenken vorgeschoben; vgl. hierzu das nächste Kapitel.

173) Siehe G. P. 19, Nr. 6275 Schlußabsatz, 6276, Thayer, Hay II, S. 385/386.

174) Siehe ebd. Nr. 6284, For. Rel. 1905 S. 1 ff.; Dennetts Folgerung: „Thus the partition of China would in fact be accomplished but without Germanys rivals having a share" (a. a. O. S. 69) beruht auf einer ganz unberechtigten Gleichsetzung von Überlassung der Mandschurei an Rußland und Hinarbeiten auf die Aufteilung Chinas. Vgl. auch Dennett a. a. O. S. 67.

„kaum noch der Hinzufügung, daß die kaiserliche Regierung für sich selbst keine Gebietserweiterung in China anstrebe“ [175]). Man war sich, wie erwähnt, über den Sinn des Jangtseabkommens in Washington nicht im unklaren und Hay versah denn auch diesen Hinweis in Deutschlands Antwort mit zwei Ausrufungszeichen [176]).

Es war freilich falsch, von den Abfassern des schon mehrfach erwähnten Promemorias zu behaupten, Deutschland habe kein politisches Interesse an der Mandschurei [177]). Deutschland hatte eben nur politisches Interesse, aber kein wirtschafts-imperialistisches wie Amerika dort. Es konnte diesen Teil Chinas — oder tat es jedenfalls — für rein weltpolitische Zwecke verwerten, indem es Rußland sich dort beschäftigen ließ und so seine Ostgrenze entlastete. Im Jangtsetal betonte Deutschland seine Handelsinteressen dem englischen Vordringen gegenüber, aber es hatte auch hier ein großes politisches Interesse, indem es sie als Ventil für die deutsch-englischen Beziehungen so oder so ausnützte. Beides wies in dieselbe Richtung, nämlich: Eintreten für die Offene Tür und Verhinderung einer Aufteilung, darüber waren sich die deutschen Staatsmänner im Verlaufe der Boxerkrise endgültig klar geworden, und sie waren damit zu einer ähnlichen Chinapolitik gekommen, wie sie Amerika aus rein wirtschafts-imperialistischer Zielsetzung heraus und seiner Isolierungspolitik entsprechend betrieb.

Es war angesichts der politischen Gefahren gewesen, daß Deutschland die Interessensphärenpolitik aufgegeben hatte, diese hielten ja sogar England davor ab. Aber indem durch die Ausdehnung der verschiedensten Mächte der Raum in Ostasien immer enger wurde, zeigte sich immer deutlicher, daß auch die Politik der Offenen Tür im weiteren Sinne mit oder gegen andere betrieben werden mußte. Ein isoliertes Handeln Deutschlands und Amerikas in China war in Wirklichkeit kaum, im Laufe der Entwicklung immer weniger möglich. Je offenkundiger die Isoliertheit beider, bzw. je geschlossener die Ententebildungen ringsum wurden, desto problematischer wurde auch ihre Politik der Erhaltung Chinas.

---

175) Siehe G. P. 19, Nr. 6279, For. Rel. 1905, S. 3 ff.
176) Siehe Thayer, Hay II, S. 388, vgl. ebd. S. 248, Dennett a. a. O. S. 238.
177) Siehe G. P. 19, Anlage zu Nr. 6264, S. 539.

Die Jahre 1904/05 bringen mit dem weiteren Verlauf und Abschluß des russisch-japanischen Krieges, der entente cordiale, der ersten Marokkokrise, alles ineinander verflochtene Ereignisse — so wesentliche Klärungen und Verfestigungen der weltpolitischen Konstellation, daß diese und ihre Auswirkungen auf das deutsch-amerikanische Verhältnis überhaupt betrachtet werden müssen, ehe die Chinapolitik der beiden Mächte weiter verfolgt werden kann.

Kapitel V.

Deutschland und Amerika in China 1905—1914. (II.)

Für die europäischen Großmächte tritt im neuen Jahrhundert immer mehr die imperialistische Ausdehnung hinter der Sicherung der Positionen durch politische Bündnisse, neben der Frage der balance of power, der Kriegsverhinderung oder Kriegsvorbereitung in den Hintergrund. Ihre Politik in China wird immer mehr nur noch ein Werkzeug oder eine Auswirkung der Bemühungen um Gestaltung günstiger Konstellationen oder des Abschlusses von Ententen. Das gilt natürlich von Deutschland, das hatte auch Amerika zu spüren, obwohl es am meisten von allen China politisch desinteressiert gegenüberstand. Die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit in China hatte die Folgen dieser Entwicklung zu tragen.

Wer aber davon profitierte, das war vor allen Dingen Japan, das siegreich aus dem Krieg um die Mandschurei hervorgegangen und der Entente angegliedert war, die in Algeciras 1906 eine so große Stärkung erfuhr.

In der Zirkularnote vom 13. Januar 1905, die die Neutralität Chinas sichern, seine Integrität bewahren sollte, hatte Roosevelt keine Vorkehrung gegen Ausschließung der Mandschurei getroffen [1]). Auf Chinas mehrfache Anfragen nach dem Schicksal der Mandschurei, in denen zugleich Dankbarkeit für Roosevelts Bemühen um Vermittlung des Friedens ausgesprochen wurde, gab man in Washington allgemeine und ausweichende Antworten [2]). Und nichts geschah gegen die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses, die am 12. August 1905, gerade als die Verhandlungen in Portsmouth sich in einem kritischen Stadium befanden, veröffentlicht worden war und die eine Förderung von Japans Vorrücken auf dem ost-

1) Vgl. oben, S. 98/99, s. Dennett, Roosevelt and the Russo-Japanese War, S. 82, Anm. 2; vgl. Langer, Der russisch-japanische Krieg, S. 304.

2) Siehe For. Rel. 1905, S. 816 ff.

asiatischen Kontinent bedeutete [3]). Im Gegenteil, Roosevelt anerkannte es ausdrücklich und schloß selbst ein Abkommen mit Japan, in dem Amerika die japanische Herrschaft auf Korea, Japan die pazifischen Besitzungen der Union anerkannte [4]).

Zugleich hatte Roosevelt sich hier Offene Tür in Nordchina und offizielle Rückgabe der Mandschurei an China zusichern lassen. Aber das sollten leere Worte bleiben. Die Mandschurei hatte im Frieden von Portsmouth faktisch nur die russische Herrschaft gegen die japanische ausgetauscht, und die neuen Herren sollten nicht milder sein als die alten. Die Japaner wollten die Russen nicht für den amerikanischen Kaufmann, sondern zu ihrem eigenen Vorteil vertrieben haben [5]).

Sofort nach Abschluß des Krieges zeigten sich Japans wahre Absichten. Auf Veranlassung Harrimans war kurz vor dem Friedensschluß in Tokio ein Abkommen abgeschlossen worden, in dem die Überlassung des Baus und der Finanzierung der südmandschurischen Bahn, die Japan von Rußland erhalten würde, und noch anderer Bahnlinien an japanische und amerikanische Unternehmer zu gleichen Teilen festgelegt worden war. Als nun der japanische Außenminister von Portsmouth zurückkehrte, ließ er diesen Vertrag rückgängig machen [6]). Noch im Jahre 1905 verdichteten sich die Gerüchte, daß Japan die Mandschurei monopolisieren wolle, und den japanfreundlichen Kreisen in der Union wurden im Verlauf der folgenden Jahre alle Illusionen genommen [7]).

---

3) Vgl. Dennett a. a. O. S. 257/258, er stellt es dar, als ob Roosevelts Bemühen um den Frieden dadurch sehr gefördert worden wäre, eine Ansicht, die Lansdowne damals äußerte (s. ebd. S. 258, Anm. 1). Vgl. aber ebd., S. 234, 318/319, wo Dennett selbst kritisiert, daß Roosevelt nichts dagegen getan habe und das Bedenkliche dieses neuen Bündnisses hervorhebt. Zwischen 1905 und 1910 habe es sich ganz gegen Amerika ausgewirkt.

4) Vgl. oben Anm. 52 zu Kapitel III und Anm. 8 zu Kapitel IV.

5) Vgl. Beard, The Rise of American Civilization, II. S. 498. Dennett, a. a. O. S. 332, Langer a. a. O. S. 322.

6) Siehe Dennett, a. a. O. S. 310/311. Treat, Japan and the United States, S. 197.

7) Siehe Coolidge, Die Vereinigten Staaten als Weltmacht, S. 336 ff. Er schildert die Sympathie Amerikas für die japanische Kunst, ihre Anteilnahme am kulturellen Umbau Japans, S. 333 ff., muß aber (1907!) feststellen, daß diese Herzlichkeit nie wiederkehren wird; s. weiter Dennett a. a. O. S. 308 ff., vgl. 166/167 vgl. Treat, a. a. O. S. 185 ff., 197. Amerikas Kampf um Öffnung der mandschurischen Häfen in den folgenden Jahren, ganz entspr. dem mit

Die japanische Machtentfaltung lastete auf den Vereinigten Staaten. Es ist für den Historiker eine sehr bedeutsame Frage, die aber nicht hier zu erörtern ist, ob nicht Roosevelt selber sie mit heraufbeschworen hat [8]). Jedenfalls erkannte er sie nur zu bald. Er hat an seinem Teil getan, was er konnte, um sie abzuwenden: er hat die amerikanische Flotte im Hinblick darauf in rastloser Arbeit aufgebaut [9]). Er hat aber sein Land auch, wie das erwähnte Abkommen mit Japan und die Anerkennung des neuen englisch-japanischen Bündnisses zeigt, durch gute Beziehungen mit England und Japan vor einem Krieg zu bewahren versucht. Trotzdem wurden die amerikanisch-japanischen Beziehungen im Lauf der nächsten zwei Jahre schon so gespannt, daß Befürchtungen, ein Krieg mit Japan stehe nahe bevor, laut wurden [10]), und der Präsident sich 1907 entschloß, die amerikanische Flotte auf eine Weltreise zu schicken, um Japan Respekt einzuflößen und die Furchtlosigkeit, zugleich die Seetüchtigkeit der amerikanischen Marine offenkundig zu machen [11]).

Auch Deutschlands Neigungen zu einer Annäherung an Japan, denen ja an sich überhaupt keine Bedeutung zukommt, verflogen schnell. Man hoffte nun vielmehr aus dem japanisch-amerikanischen Gegensatz etwas für sich herauszuschlagen. Mußten nicht des Kaisers Befürchtungen vor der „gelben Gefahr" jetzt in Amerika verfangen? Wir sehen die deutsche Regierung 1907 geradezu eifrig dabei, die Gefährdung Amerikas durch die japanische Machtentfaltung in Washington ausmalen zu lassen [12]). Man empfand in Berlin die Gemeinsamkeit Deutschlands und der Vereinigten Staaten als Außenseiter der Entente sehr deutlich [13]). Mußte Amerika, diese ungebundene Großmacht, diese starke Überseemacht nicht die gegebene Partnerin für Deutschland sein, konnten sie sich nicht gegenseitig den Druck der

---

Rußland 1902/1903, s. For. Rel. 1906, S. 162 ff., 198 ff., 214, 222, 224; 1907, S. 136 ff.

8) Dennett erörtert sie, a. a. O. S. 324 ff., besonders 327/328.

9) Vgl. hierzu unten Kapitel VI dieser Arbeit.

10) Vgl. Coolidge, a. a. O. S. 353; Treat, a. a. O. S. 188 ff. Treat führt die Änderung im amerikanisch-japanischen Verhältnis fast nur auf den Einfluß der Presse zurück. Aber warum stellte sich diese auf einmal um? Das erörtert Treat nicht!

11) Siehe ebd. S. 200 ff., Roosevelt, Autobiography, S. 215 ff.

12) Vgl. G. P. 25, Nr. 8553, 8556; Treat, a. a. O. S. 201. Vgl. B. D. VIII, Nr. 352, 358.

13) Siehe G. P. 25, Nr. 8556.

Ententebündnisse erleichtern helfen? Die Alliierten hatten zum größten Teil Abkommen über Ostasien, sie gingen dabei auf die Verschacherung Chinas unter sich aus. Konnten Deutschland und Amerika sich nicht zur Erhaltung Chinas, zu einer Gegenentente verbinden?

Bülows Bemühungen in dieser Richtung waren 1905 gescheitert. Angesichts der japanisch-französischen und der sich anbahnenden japanisch-russischen Verständigung über China gelang es 1905 dem deutschen Gesandten in Peking, Graf Rex, das Auswärtige Amt, ganz besonders den Kaiser selbst, für den Plan einer deutsch-amerikanisch-chinesischen Verbindung zu gewinnen. Er glaubte zu wissen, daß die chinesische Regierung in der Bedrängnis, vor allem von japanischer Seite, Anschluß an Deutschland und die Vereinigten Staaten suche und sah hier eine Möglichkeit, einen deutsch-chinesisch-amerikanischen Dreibund zur Wahrung der Offenen Tür in China, Erhaltung von dessen Integrität und des status quo dort zu schaffen. Deutschland und Amerika sollten China einen gewissen Schutz (für das Reich außerhalb der mandschurischen Provinzen) zusagen, China ihnen dafür Handelsvorteile einräumen [14]). Der Kaiser war ganz Feuer und Flamme, er habe dem vorigen chinesischen Gesandten 1906 schon dasselbe vorgeschlagen, alles solle sofort in die Wege geleitet werden, solange die amerikanische Flotte noch unterwegs sei und auf Japan dadurch ein gewisser Druck ausgeübt werde [15]). Roosevelt antwortete aber auf die Sondierung des deutschen Botschafters ausweichend. Er hatte von China noch nichts Entsprechendes gehört und hielt ein allgemeines Zusammengehen Deutschlands und der Vereinigten Staaten in China weiterhin für ausreichend [16]). Das Auswärtige Amt, in vorsichtigerer und nüchterner Beurteilung der Gesamtsituation, gab Instruktion, daß nur ein Austausch von Deklarationen angestrebt werden solle, da jeder weitergehende Schritt verfrüht sei und England und Frankreich aufregen würde. Auch sollten keine Handelsvorteile von China verlangt werden, da dies ja dem Prinzip der Offenen Tür widersprechen

---

14) Siehe G. P. 25, Nr. 8547 Rex/Bülow 4. 7. 1907, 8552, dasselbe 31. 1. Rex plante sogar, Rußland hineinzuziehen oder ein besonderes Abkommen mit Rußland und Amerika zu schließen.

15) Siehe Bemerkung zu Nr. 8551, 8556 und Nr. 8557 Kaiser/Bülow 30. 12. 1907. Der vorige chinesische Gesandte in Berlin war inzwischen in Peking zu leitender Stelle im Wei-wu-pu, dem chinesischen auswärtigen Amt, gelangt.

16) Siehe G. P. 25, Nr. 8553 Speck/A.A. 8. 11. 1907, 8555 dasselbe 7. 12. Natürlich wurden auch konstitutionelle Gründe angeführt, vgl. auch 5858.

würde. Im übrigen solle die Initiative der chinesischen Regierung selbst wie Amerika überlassen bleiben [17]). Der neue chinesische Gesandte in Washington ließ aber nichts verlauten [18]); und obwohl die chinesische Regierung dem Grafen Rex noch im Juni 1908 versicherte, daß sie entschlossen sei, in Washington Schritte zu tun, äußerte sie doch zugleich viele Bedenken dagegen und wollte alles lieber hinausgeschoben sehen [19]). Auch Roosevelt reagierte auf ein nochmaliges Zureden nicht und ließ die Frage, ob er bereit sei, ein „statement of policy mit den Grundsätzen open door and integrity of the Chinese Empire" zu machen, das der Kaiser wünschte, unbeantwortet [19a]). Sein real- und machtpolitisches Denken ging ganz andere Wege, als die deutschen Staatsmänner vermuteten. Während Speck von Sternburg und der Kaiser sich durch Erörterungen des Präsidenten über eine eventuelle deutsche Hilfe im Falle eines japanischen Angriffs auf die USA. schmeicheln ließen [20]), sondierte Roosevelt in London, um England zu einem gemeinsamen diplomatischen Vorgehen gegen Japan zu gewinnen [20a]). Chinas Schicksal war ihm nebensächlich geworden neben der bedrohlichen Zuspitzung des amerikanisch-japanischen Verhältnisses. Einen Konflikt wollte er auf jeden Fall vermeiden, da seiner Meinung nach das amerikanische Volk zu einem Krieg gegen Japan nicht willens und auch noch nicht fähig war [21]). England konnte es sich aber leisten, Roosevelts Wünsche zu ignorieren. Ein gemeinsames englisch-amerikanisches Interesse an einer Beschränkung der japanischen Einwanderung, das Roosevelt wegen Kanada annehmen zu können glaubte, wurde geleugnet; eine Einwirkung auf den japanischen Bundesgenossen abgelehnt [21a]).

17) Siehe ebd. Nr. 8558, 8559, vgl. 8556, 8549.

18) Siehe ebd. Nr. 8562, 8563, 8564, vgl. 8553: in China bestand die Absicht, einen Spezialgesandten wegen der Rückgabe der Boxerindemnitäten durch Amerika an China (vgl. oben S. 83 dieser Arbeit), nach Washington zu senden. Dieser sollte dann auch über die Allianzfrage verhandeln. Tang wurde geschickt, verhandelte aber nur über die Geldfrage, s. Nr. 8563, 8564. Erst später wurde Liang zur Sondierung entsandt, vgl. weiter unten S. 157 ff.

19) Siehe G. P. 25, Nr. 8563.

19 a) Siehe G. P. 25, Nr. 8562, Speck/A.A. 7. 4. 1908, vgl. Nr. 8561.

20) Siehe ebd. Nr. 8550, 8553 Speck/A.A. 9. 9. und 8. 11. 1907 und Kaisers Randbemerk. dazu, vgl. B. D. VIII Nr. 358. Vgl. auch G. P. 32 S. 81 Fußnote.

20 a) Siehe B. D. VIII Nr. 352, 353.

21) Vgl. G. P. 25, Nr. 8553, Dennett a. a. O. S. 320, Brief an Knox vom 22. 10. 1910.

21 a) Siehe B. D. VIII, Nr. 353 (bes. die Randbemerkungen!) und 354.

Roosevelt zog hieraus die Konsequenzen auf echt angelsächsische Art: Er schloß im Dezember 1908 mit Japan eine Art Waffenstillstand. Als Ergebnis von Besprechungen in Tokio wurden Erklärungen ausgetauscht zwischen Japan und USA., in denen die beiden Mächte ihr Einverständnis erklärten über eine gemeinsame Politik der Offenen Tür in China, Erhaltung der chinesischen Integrität, Wahrung des status quo und Anerkennung der beiderseitigen Besitzungen in Ostasien [22]). England nahm dieses Einlenken Amerikas freudig auf und wünschte sogleich Veröffentlichung der neuen „Entente" [22a]). Die deutschen Staatsmänner dagegen waren überrascht und enttäuscht [23]), Bülows Äußerungen im Reichstag, daß das Abkommen ganz im Einklang mit der deutschen Politik in Ostasien stehe [24]), war genau so ein oberflächlicher Beruhigungstrick wie die entsprechenden Erklärungen zur entente cordiale und zur Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses. Wäre Roosevelt weiter im Amt geblieben, was ja verfassungsmäßig nicht möglich war, so wäre dies Abkommen mit Japan vielleicht ein erster Schritt zu einer engeren Anlehnung an die Entente gewesen. In wie verschiedenem Fahrwasser trieben letzten Endes die beiden Außenseiter des Ententeringes!

Im selben Jahr, wo Roosevelts Regiment zur Neige ging, fand auch Speck von Sternburgs Tätigkeit in Washington mit seinem Tod ein Ende. Er hatte zwar durch seine Liebenswürdigkeit die Person des Präsidenten, der sein Freund war, zeitweise für Deutschland geneigt zu machen und engere persönliche Verbindung zwischen ihm und dem Kaiser zu schaffen vermocht, aber in entscheidenden Momenten hatten seine diplomatischen Fähigkeiten doch nicht ausgereicht, und seine Sympathie für Amerika hatte die Schärfe des politischen Blicks getrübt [25]). Der freundschaftliche Briefwechsel zwischen den beiden Staatsoberhäuptern anläßlich seines Todes [26]) be-

---

22) Siehe For. Rel. 1908, S. 510/511, B. D. VIII, Nr. 357; Franke, Die Großmächte in Ostasien S. 300 ff. (Franke konnte noch keine Erklärung für das Zustandekommen geben.) Treat a. a. O. S. 199/200.

22 a) Siehe B. D. VIII, Bemerkung zu Nr. 357 und Nr. 359.

23) Siehe G. P. 25 Nr. 8565, Bd. 32 Nr. 11687 Aufz. Bülows vom 10. 2. 1910.

24) Siehe Penzler, Bülows Reden III, S. 160/161.

25) Vgl. über Speck von Sternburg noch oben Anm. 124 zu Kapitel II und S. 122, 137 dieser Arbeit. Näheres ist über ihn nicht zu sagen, da keine Memoiren von ihm da sind.

26) Siehe Bisoph a. a. O. II. S. 280/281.

tonte die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika. Aber die Ereignisse des Jahres 1908 hatten diese doch als ziemlich nichtssagend erwiesen.

In dem Jahr, in dem in den Vereinigten Staaten eine neue Administration, Taft als Präsident, Knox als Staatssekretär, ihr Amt antrat, schied Bülow aus der deutschen Regierung aus und wurde durch Bethmann-Hollweg ersetzt. Bülow hatte aktiv an der Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen gearbeitet, oft genug zuviel des Guten getan, aber immerhin mit Hilfe von Speck von Sternburg erreicht, daß sie von der feindlichen Gespanntheit, in der er sie 1898 vorgefunden hatte, sich zu engerem wohlwollenden Verhältnis wenigstens zwischen den Leitern der Außenpolitik entwickelt hatten, ohne daß er freilich die Völker einander näher zu bringen vermocht hätte. Bülow hatte guten Beziehungen zu Amerika, besonders im Hinblick auf die deutsch-englischen Beziehungen große, wohl zu große Bedeutung beigemessen. Bernstorff, Specks Nachfolger, kam von der deutschen Botschaft in London und wurde der eigentliche Erbe Bülowscher Traditionen, während Bethmann-Hollweg überhaupt kein Interesse an dem deutsch-amerikanischen Verhältnis gehabt zu haben scheint. Gerade die auf Roosevelt folgende Administration brachte aber neue Möglichkeiten einer deutsch-amerikanischen Annäherung.

Taft und Knox setzten Roosevelts ostasiatische Politik nicht fort, sondern leiteten eine, wenn auch schlecht fundierte und unvorbereitete Abwendung von Japan ein. Sie wollten die Theorie von der Offenen Tür in der Mandschurei, die noch immer bestand, aber gegen die Japan trotz des Abkommens von 1908 immer wieder verstieß, in die Praxis umzusetzen versuchen [27]).

Deutschland hatte inzwischen die Enttäuschung der englisch-russischen Verständigung erlebt, und man war jetzt in Berlin bereit, für die Offene Tür in der Mandschurei einzutreten [28]). Es ist auch nicht zufällig, das jetzt zum erstenmal von den deutschen Handelsinteressen dort in den Akten die Rede ist [29]). Japan war jetzt Herrscher in Ostasien und die Gefahr eines Gegensatzes zu Rußland spielt in der

27) So Knox an Roosevelt in der Antwort auf den oben Anm. 21 zitierten Brief, s. Dennett a. a. O. S. 312/313.

28) Rußland hoffte man zwar sogar jetzt noch aus der Entente lösen zu können; vgl. G. P. 25, Nr. 8356, S. 82, 83.

29) Siehe G. P. 32, Nr. 11668.

deutschen Chinapolitik keine Rolle mehr. Deutschlands Eintreten für China war nun ein Vorgehen gegen Japan und England und konnte sich auch auf Nordchina erstrecken. Amerikas neu einsetzender Kampf um China war ein Kampf gegen Japan und damit zwangsweise gegen England und die Entente. So liefen die Fäden der Ostasienpolitik beider Mächte ineinander.

Im Oktober 1909 war zwischen dem Vizekönig der Mandschurei auf der einen und amerikanischen und englischen Finanzgruppen auf der anderen Seite ein Abkommen geschlossen worden, das diesen Finanzierung, Bau und Leitung der Bahnlinie Tschinkau—Aigun und anderer später noch zu bauender Linien übertrug [30]). Knox machte nun den Vorschlag, daß a l l e interessierten Mächte ein Konsortium zur „wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und unparteiischen Verwaltung" der mandschurischen Bahnlinien „nach einem Plan" bilden sollten, weil auf diese Weise „der ungestörte Genuß aller politischen Rechte in der Mandschurei" durch die Förderung der Entwicklung dieser Provinzen und die beste Anwendung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung und der Offenen Tür gewährt werde [31]). Diese Pläne, die letzten Endes auf die Neutralisierung der ganzen Mandschurei und Schaffung eines Puffers zwischen Rußland und Japan zielten [32]), wurden zuerst in London, dann auch in Berlin, Paris, Tokio, Petersburg und Peking mitgeteilt [33]). Da die amerikanische Note an die deutsche Regierung das englische Einverständnis in Aussicht stellte, entschloß man sich in Berlin zu einer positiven Antwort, obwohl man nicht übersah, daß Rußland und Japan sich ablehnend verhalten würden [34]). England hatte aber den in Knox' Vorschlag vorgebrachten Prinzipien nur ganz allgemein zugestimmt [35]). Japan und Rußland faßten ihn natürlich als einen An-

30) Siehe For. Rel. 1910, S. 234, vgl. G. P. 32, Nr. 11668, Anlage.

31) Siehe ebd.

32) Siehe G. P. Bd. 32, Nr. 11670 Bernstorff/A.A. eingetr. 31. 12., vgl. Bau, a. a. O. S. 68 ff. und 207 ff., Franke, a. a. O. S. 321 f,

33) Siehe For. Rel. 1910 S. 236, vgl. G. P. 32 Nr. 11671 Mumm/A.A.2. 1. 1910.

34) Siehe ebd., Nr. 11668, 11669. Eine schriftliche Zustimmung erfolgte aber erst am 21. 2. 1910 auf Amerikas Bitte, doch auch nur zu den dem Plan zugrunde liegenden Prinzipien.

35) Siehe For. Rel. 1910, S. 235/6 und vgl. G. P. 32, Nr. 1170, 11671, 11674, 11695. Knox hatte offenbar die englische Antwort als Zustimmung aufgefaßt, er dankte in London dafür, s. For. Rel. 1910, S. 236, vgl. auch Bau, a. a. O. S. 65/66, G. P. 32, Nr. 11 181 Bernstorff/A.A. 21. 1. 1910.

griff auf ihre Stellung in Nordchina auf, sie lehnten beide entschieden ab und griffen überdies das schon geschlossene Eisenbahnabkommen der englisch-amerikanischen Bankgruppe über die Kintschau-Aigun-Bahn an [36]), Deutschland war also die einzige Macht gewesen, die wirklich Einverständnis gezeigt hatte [37]); weniger zwar aus Interesse an der Mandschurei als solcher, als um die „wertvollen Beziehungen zu Washington" zu festigen [38]).

Man fühlte sich in dieser isolierten Stellung unbehaglich. Denn die Wirkungen, die der Knoxsche Plan hervorbrachte, waren sehr unerfreulicher Natur: einmal wurde das schon geschlossene Eisenbahnabkommen gefährdet; zum anderen wurden sowohl Knox selber, als auch der ganzen Welt die Augen über die schon sehr weit gediehene russisch-japanische Verständigung geöffnet [39]). Und nicht nur das, diese beiden Mächte sahen ihre Verständigungsbemühungen durch den amerikanischen Vorstoß gefährdet, sie wurden sich ihrer gemeinsamen Interessen nun erst recht bewußt und schlossen am 4. 7. 1910 das endgültige Abkommen über Ostasien, das so als eine direkte Folge von Knox' Aktion angesehen werden muß [40]).

Dennett sieht den Grund für das Scheitern von Knox' Plänen darin, daß er nicht, wie Roosevelt immer getan hatte, in Kontakt mit den europäischen Mächten gehandelt, nicht bedacht habe, daß ostasiatische Politik in Europa gemacht werden mußte, daß „Asien die Hintertür Europas" war [41]). Tatsächlich gingen Knox und Taft, die Vertreter der sog. „Dollardiplomatie" in ihrer Außenpolitik fast nur von finanziellen und kommerziellen Interessen aus. Aber auch wenn sie vorher mit den europäischen Großmächten und Japan

36) Siehe G. P. 32, Nr. 11675, 11677, 11684, 11678, 11679, 11682, 11680, 11690, vgl. 11673, 11683, 11690 ff., 11699, 11701; For. Rel. 1910, S. 256, 261 ff., 268/269. England stellte sich auf Rußlands Seite, Grey wurde deswegen im Unterhaus angegriffen.

37) Siehe G. P. 32, Nr. 11679. Man anerkannte das in Washington.

38) Siehe ebd. Nr. 11668, S. 67.

39) Vgl. ebd. Nr. 11679, Knox sah jetzt darin seinen einzigen Erfolg!, vgl. 11684, 11694: Rußland sah dies auch als positive Wirkung an!

40) So urteilte auch Mumm von Schwarzenstein, s. G. P. 32, Nr. 11696 und vgl. ebd. S. 105 Fußnote, auch Beards Urteil a. a. O. II. S. 499. Treat a. a. O. S. 204.

41) a. a. O. S. 317, vgl. auch S. 6. Man wunderte sich in Petersburg und Tokio über die Naivität, mit der Knox seinen Vorschlag gemacht hatte, s. G. P. 32, Nr. 11675, 11683. Mumm teilte diese Auffassung und machte sich über Knox lustig und spricht vom „wenig geschulten Staatsdepartement".

Fühlung genommen hätten, würden sie wohl auch keinen anderen Erfolg gehabt haben, als daß sie die Unmöglichkeit der Durchführung ihres Plans hätten vorher einsehen müssen. Nicht etwa ist zu erwarten, daß sie ihn dann durchgesetzt hätten [42]). Wie Deutschland war ja auch Amerika isoliert, Außenseiter des Ententesystems. Roosevelt hatte zwar gutes Einvernehmen mit diesem zu wahren gesucht, sich im entscheidenden Moment sogar auf dessen Seite gestellt. In dem Augenblick, wo eine amerikanische Regierung einen den Interessen des „Rings" widersprechenden, feindlichen Schritt zu tun versuchte, mußte es sich von ihm genau so eingekreist fühlen, wie das im Gegensatz zu England, Rußland, Frankreich lebende Deutschland; sah sie sich genau so zur Untätigkeit verurteilt, außerhalb ihres freilich im Gegensatz zum Deutschen Reich recht weiträumigen amerikanischen Kontinents — wie dieses. Es ist richtig, daß Knox' Plan, wenn er zur Ausführung gekommen wäre, die englische Regierung in ihrem Bemühen, Deutschland zu isolieren, gestört, daß er die von England unterstützte russisch-japanische Verständigung gehindert haben würde, daß Europa zu dieser Zeit wieder einmal China der Einkreisung Deutschlands opferte; ob zwar damit dem Frieden, wie Dennett weiter meint [43]), gedient war, ist eine andere Frage, die durch die Ereignisse gründlich verneint worden ist.

Der Versuch, in der Mandschurei eine internationale Zusammenarbeit im Sinne der Gleichberechtigung zu begründen, war fehlgeschlagen. In planmäßiger Verfolgung der neuen Politik finanzieller Kooperation bemühte die amerikanische Regierung sich zur selben Zeit, diese im Jangtsetal durchzusetzen und hatte damit, nicht zuletzt dank deutscher Unterstützung, Erfolg.

Englische und französische Bankgruppen hatten sich zur Finanzierung und zum Bau der Bahnen Hankau-Kanton und Hankau-Setschuan zusammengetan. Der Deutsch-Asiatischen Bank war es mit großem Geschick gelungen, sich Beteiligung an diesem Unternehmen zu sichern und so eine Bresche in das englische Monopol im Jangtsegebiet zu schlagen [44]). Kurz vor dem offiziellen Abschluß des Ver-

---

42) Vgl. Garner, American Foreign Politics, S. 39 f. und Taft, Message to Congress 1910, s. Europäischer Geschichtskalender 1910, S. 547.

43) a. a. O. S. 317.

44) Siehe G. P. Bd. 32, Nr. 11603, Rex/Bülow 12. 3. 1909, 11604 Bülow/Kaiser 15. 5. 1909, 11605, vgl. 11622 und Anlage hierzu.

trages der nun drei Bankgruppen mit China erhob die amerikanische Regierung Einspruch und forderte die Beteiligung amerikanischer Banken, da die Vereinigten Staaten auf die Strecke Hankau-Setschuan 1904 ein Vorzugsrecht von China erworben hätten [45]). Der amerikanische Protest schien das Zustandekommen des Vertrages noch in letzter Stunde zu gefährden und erregte bei allen Beteiligten, besonders bei den deutschen Bankvertretern, großen Unwillen [46]). Sogar der deutsche Gesandte in Peking, Graf Rex, der gewiß nicht gegen Amerika voreingenommen war, meinte zu Rockhill, daß er es der Deutschen Bank nicht übelnehmen dürfe, wenn sie sich dagegen auflehne, daß so mühsam Erreichte nun mit Amerika teilen zu müssen [47]). Aber gerade er und Graf Bernstorff erkannten, daß weniger die amerikanischen Finanzleute als die amerikanische Regierung die Beteiligung wünschte [48]), und beide traten in Berlin dafür ein, daß man auch hier die politischen Gesichtspunkte leitend sein lassen und für die amerikanische Mitarbeit eintreten solle. Es würde die deutsch-amerikanischen Beziehungen festigen und verhindern, daß Amerika sich auf die englische Seite schlage [49]).

Man schloß sich im Auswärtigen Amt — es war Ende Juni 1909, also Bülow erst im Abgang begriffen — diesen Überlegungen an und forderte sowohl die deutschen Banken als auch die chinesische Regierung zur Nachgiebigkeit auf, obwohl man sich über die Unannehmlichkeiten und die Gefährdung des noch nicht unterzeichneten Ver-

---

45) Siehe ebd. Nr. 11606, 11607, For. Rel. 1909, S. 144, vgl. McMurray, Treaties with and concerning China, I. S. 880 ff., besonders S. 885/886; vgl. auch Bau, a. a. O. S. 60/61.

46) Siehe G. P. 32, Nr. 11615, 11616, 11619. Nach diesen Mitteilungen sollen die englischen und französischen Banken bereit gewesen sein, Amerika zuzulassen. Man fürchtete in Deutschland, daß man auf diese Weise Ausschaltung der deutschen Gruppe erreichen wollte, vgl. Nr. 11615, 1622. Vgl. dazu auch einen Bericht der amerikanischen Gesandtschaft in Peking, vom 5. 10. 1909, es sei in England eine Strömung gegen die deutsche Beteiligung an der Jangtseanleihe. Die Strecke Hankau—Setschuan, auf die sich der amerikanische Protest bezog, sei nur Deutschlands wegen einbezogen worden. Der Tod des Vizekönigs des Jangtsegebietes werde vielleicht dazu benutzt werden, Deutschland auszuschalten (so For. Rel. 1909, S. 204/205).

47) Siehe G. P. 32, Nr. 11629.

48) Vgl. auch Europäischer Geschichtskalender 1912, S. 434. Tafts Jahresbotschaft.

49) Siehe G. P. 32 Nr. 11613, 11614, 11615, 11619, 11629.

trages im klaren war [50]). Ja, den Vereinigten Staaten gegenüber sprach man sogar Befriedigung über die amerikanische Mitarbeit aus, da diese eine Gewähr für die Wahrung der Offenen Tür sein werde [51]). Diese Haltung, in der man Bülows Einfluß noch zu spüren meint, hob sich vorteilhaft von der Englands und Frankreichs ab und fand in Washington volle Anerkennung [52]). England hatte schon 1905 zweimal vergeblich in den Vereinigten Staaten zur Beteiligung auffordern lassen und verhielt sich ziemlich abweisend [53]); auch Frankreich war nicht entgegenkommend [54]). Die deutsche Regierung bemühte sich sehr darum, den Vertrag so bald wie möglich zum Neuabschluß zu bringen und ein Scheitern zu verhüten [55]). Doch es stellten sich bei der Neueinteilung der Strecken für die Materialbelieferung und bei der neuen Verteilung der leitenden Ingenieurposten immer wieder Schwierigkeiten heraus, die die Verhandlungen zur Unzufriedenheit aller sehr in die Länge zogen. Sie gehören in das Gebiet der deutsch-englischen Beziehungen. Wie immer bemühten sich Deutschland und England, in Amerika die eigene Unschuld und die Schuld des anderen zu erweisen. Man neigte aber in Washington mit Recht der Ansicht zu, in der englischen Regierung den Hauptschuldigen und die Ursache der Verschleppung zu sehen [56]).

Als diese Konflikte endlich beigelegt waren, indem die deutschen und englischen Vertreter gegen Ende des Jahres 1909 einen amerikanischen Vermittlungsvorschlag annahmen [57]), wehrte sich Frankreich von neuem gegen den amerikanischen Beitritt, und nur auf deutsches

50) Siehe G. P. 32, Nr. 11616, Bemerkung von Schoen dazu und zu 11619. Man war erst gegen die amerikanische Teilnahme, s. 11610, 11611, 11612, vgl. For. Rel. 1909, S, 158 ff. Die Zustimmung war also Bernstorffs Einfluß zu verdanken, vielleicht hat Bülow hier noch seine Hand im Spiel gehabt.

51) Siehe For. Rel. 1909, S. 162.

52) Siehe G. P. 32, Nr. 11620 Bernstorff/A.A. 23 bzw. 24. 6. 1909.

53) Siehe ebd. Nr. 11613; For. Rel. 1909, S. 149, 163 ff., vielleicht hat man die deutsche Gruppe nur deshalb aufgenommen, weil Amerika abgelehnt hatte. Es ist bezeichnend, daß Roosevelt sich garnicht um die Angelegenheit gekümmert hat, wie er ja auch nichts dazu tat, das von der japanischen Regierung annullierte Abkommen der amerikanischen Bankgruppe wiederherzustellen, vgl. oben S. 144.

54) Siehe For. Rel. 1909, S. 156 ff.; vgl. G. P. 32, Nr. 11612.

55) Siehe ebd. Nr. 11626, 11636, 11647, 11662.

56) Siehe ebd. Nr. 11630 ff., 11639, 11640, 11643, 11647, 11650, 11651; For. Rel. 1909, S. 207—210.

57) Siehe G. P. 32, Nr. 11652, vgl. 11651; For. Rel. 1909, S. 212.

und englisches Zureden hin war es möglich, im Sommer 1910 wenigstens einen allgemeinen Vertrag abzuschließen, ohne daß jedoch die Verhandlungen damit beendet gewesen wären. Sie wurden in Peking fortgesetzt und können in diesem Zusammenhang nicht weiter interessieren [58]). Im November 1910 schlossen aber die vier beteiligten Bankgruppen noch ein weiteres Abkommen, daß alle zukünftigen Anleihen an die chinesische Regierung unter sie geteilt werden sollten [59]). Es entstand so ein „Syndikat der Vier", das ja den amerikanischen Wünschen nach internationaler Zusammenarbeit sehr entsprechen mußte, in dem Amerika aber seinen Platz hauptsächlich mit deutscher Unterstützung erkämpft hatte. Die amerikanische Regierung leitete also ganz bewußt eine neue Phase amerikanischer Ostasienpolitik ein, indem sie sich an der Durchdringung Chinas mit internationalem Finanzkapital zu beteiligen mühte [60]), — wie ja Bernstorff gleich richtig erkannt hatte [61]). Deutschland, das eine ähnliche Linie zu verfolgen suchte, konnte dies nur begrüßen. Hier sah man ein neues und offenbar wirksameres Mittel, die Offene Tür in China zu erhalten, als die früheren Erklärungen es gewesen waren.

Unter Tafts Regierung arbeiteten die amerikanischen Finanzgruppen immer lebhafter an der finanziellen Durchdringung Chinas [62]). Ein Abkommen über die Finanzierung einer chinesischen Währungsreform, auf die man von amerikanischer Seite schon seit langem gedrungen hatte, und zur wirtschaftlichen Hebung Chinas (Currency and Reorganisation Loan), das Amerika im Oktober 1910 abgeschlossen hatte, wurde verabredungsgemäß auf das neu gegründete Konsortium ausgedehnt [63]). Während der daraufhin nötigen

58) Siehe ebd. S. 213 ff., 1910, S. 269 ff., besonders 279; G. P. 32, Nr. 1655 bis 11661, den Abschluß des Vertrages Nr. 11665; McMurray, a. a. O. I. S. 810 ff. Die weiteren Verhandlungen 1911, G. P. 32, Nr. 11665 ff. und S. 60 Fußnote.

59) Siehe Mc Murray, I. S. 828 ff., vgl. G. P. 32, S. 161 Fußnote.

60) Siehe For. Rel. 1910, S. 243 ff., Feststellung der amerikanischen Regierung in der Presse.

61) Siehe G. P. 32, Nr. 11613, 11700, ja auch Graf Rex, s. Nr. 11629, vgl. oben S. 153.

62) Vgl. For. Rel. 1912, S. 110, 129, 159 (Memorandum für die Großmächte).

63) Siehe For. Rel. 1910 S. XI/XII (Message to Congress), Mc Murray, a. a. O. I. S. 851. Die Zuteilung an das Konsortium; ebd. S. 841 ff., For. Rel. 1912, S. 87 ff., 1913 S. 143 ff.; G. P. 32, Kapitel CCLIV, CCLVIII, vgl. besonders Nr. 11736. Es kann hier nicht näher darauf eingegangen werden. Vgl. noch Europäischer Geschichtskalender 1910, S. 644.

neuen Verhandlungen mit der chinesischen Regierung wurden Rußland und Japan, sogar auf amerikanische Veranlassung, wohl um die Provokation durch den Neutralisierungsplan wieder gutzumachen — in das Konsortium einbezogen, dies also zu einem „Syndikat der Sechs" erweitert [64]). Aber der Abschluß des Anleiheabkommens zog sich, nicht zuletzt infolge russischer Quertreibereien, immer länger hin, und wurde dann durch den Ausbruch der chinesischen Revolution unterbrochen. Mit der revolutionären Regierung, die sich in großen Geldschwierigkeiten befand, wurden dann neue Verhandlungen angeknüpft. Das Konsortium suchte aber die Notlage Chinas auszunutzen, ein Finanzmonopol zu erpressen und Anleiheabkommen, die die provisorische Regierung mit anderen Mächten zu schließen versuchte, zu hintertreiben. Es stellte auch immer härtere Bedingungen in bezug auf Kontrolle der chinesischen Finanzverwaltung [65]).

Eine solche Kontrolle war an sich auch von der amerikanischen Regierung als nötig empfunden worden [66]), aber die Verschärfung der ursprünglichen Forderungen, die immer offensichtlichere Ausbeutung des in schwerer innerer Krise begriffenen Landes riefen in Amerika immer größere Unzufriedenheit hervor, der der amerikanische Gesandte in Peking Ausdruck gab, wenn er schrieb: „...To my mind it is no longer question of friendly international co-operation to help China but a combination of big powers with common intereste to accomplish their own selfish political aims" [67]). Das demokratische Amerika stand selbstverständlich dem innenpolitischen Umwandlungsprozeß Chinas mit Wohlwollen gegenüber. Die 1913 einsetzende neue, seit langer Zeit wieder einmal „demokratische" Administration Wilsons, die die „Dollardiplomatie" Tafts ablehnte [68]), zog aus dieser Situation die Konsequenz. Entsprechend ihren demokratisch-pazifistischen Grundsätzen und ihrer innenpolitischen Tendenz der Bekämpfung der Geldtruste veranlaßte sie die amerikanische Bankgruppe zum Austritt aus dem Sechser-Konsortium, in dem Amerika doch keinen maß-

64) Siehe G. P. 32, Nr. 11740, 11760—11772, 11780, S. 199 Fußnote; For. Rel. 1912, S. 96 ff., besonders 199.

65) Vgl. For. Rel. 1912, S. 129, 144, 146 ff., G. P. 32, Nr. 11945 ff., For. Rel. 1913, S. 154, 166 ff. Amerika wollte China den Zutritt zum Geldmarkt offen lassen.

66) Siehe G. P. 32, Nr. 11746—11750, aber die Verschärfung der Bedingungen lehnte Knox noch selber ab, s. Nr. 11908.

67) Siehe For. Rel. 1913, S. 164, 21. 2. 1913.

68) Vgl. Garner, a. a. O. S. 39/40.

gebenden Einfluß zu gewinnen vermocht hatte. Besonders die Kontrolle der chinesischen Verwaltung wurde als Beeinträchtigung von Chinas Souveränität empfunden, die dem amerikanischen Wunsche, Chinas Entwicklung zu fördern, diametral entgegengesetzt war. Amerika wolle, so hieß es in der Begründung des Austritts der Bankgruppe, nur den Handel seiner Kaufleute schützen und diesen finanziell unterstützen und für die Offene Tür in China eintreten, „a door of friendship and mutual advantage. This is the only door we care to enter" [69]). Die amerikanische Finanzgruppe, die ganz offensichtlich nur auf Wunsch der vorhergehenden Regierung sich an den Anleihen beteiligt hatte, trat denn auch wirklich zurück und behielt nur ihren Anteil an der Hukuang-Anleihe [70]). Mit Recht bemerken Bau [71]) und Dennett [72]), daß Wilson mit dieser Politik der Zurückhaltung der Offenen Tür in Ostasien, wie auch den amerikanischen Interessen dort, nicht gedient, sondern zu ihrer Zerstörung beigetragen habe. Aber sie entsprach Wilsons einseitiger Konzentration des amerikanischen Imperialismus auf Panamerika und seiner Hinwendung nach Osten, nach England [73]).

Das deutsch-amerikanische Zusammengehen auf dem Gebiete finanzieller Durchdringung Chinas hatte so ein schnelles Ende gefunden. Es hatte auch nicht zu politischem Erfolg geführt, indem Deutschland und die Vereinigten Staaten etwa ihren Einfluß im Sinne der Erhaltung und Förderung von Chinas Einheit und Unabhängigkeit hätten geltend machen können. Deutschland spielte in dem Konsortium eine untergeordnete Rolle; Amerika versuchte vergeblich seine Methoden der Chinapolitik durchzusetzen. Die beiden Außenseiter des Ententesystems, das in Ostasien allmächtig war, hatten nicht die politische Macht, die zu einer Betätigung in China, in welcher Form auch immer, jetzt mehr denn je nötig gewesen wäre.

---

69) Siehe For. Rel. 1913, S. 170/171 (19. 3. 1913). Der amerikanische Gesandte in Peking hatte selber schon den Rücktritt vorgeschlagen, wenn nicht sofortiger Abschluß mit China erreicht werde (s. ebd. S. 168), McMurray, a. a. O. I. S. 1025. Daß wirklich weltanschauliche Motive bei dem Rücktritt eine Rolle spielten, vgl. G. P. 32, Nr. 11960 Bernstorff/Bethmann 30. 3. 1913; Beard, a. a. O. II. S. 500.

70) Vgl McMurray, a. a. O. I. S. 1025 ff., For. Rel. 1913, S. 172 ff.

71) a. a. O. S. 87.

72) a. a. O. S. XIX/XX (Einleitung).

73) Vgl. Beard, a. a. O. II. S. 501, über Hinwendung zu England vgl. unten.

Zu einer Entente über die Offene Tür in China, wie sie 1907/08 erörtert worden war, hatte es unter diesen Auspizien natürlich erst recht nicht kommen können. Die chinesische Regierung war durch Roosevelts Abkommen mit Japan offenbar abgeschreckt worden, in Washington die geplanten Schritte zu tun [74]). Der deutsche Kaiser blieb aber weiterhin dem Gedanken einer deutsch-amerikanisch-chinesischen Entente treu, auch unter dem Gesichtspunkt, daß eventuell 1914/15 der Kampf zwischen Amerika und Japan fällig sein und für Amerika dann die deutsche Hilfe vonnöten sein werde [75]). Auch Bernstorff, um die deutsch-amerikanische Annäherung bemüht, fragte angesichts der Deutschland günstigen Stimmung im Staatsdepartement im Februar 1910 an, ob er den Bündnisfaden von 1907/08 wieder aufnehmen solle [76]). Inzwischen war aber das Scheitern von Knox' Neutralisierungsversuch und die russisch-japanische Annäherung offensichtlich geworden. Der deutsche Staatssekretär von Schoen fürchtete, daß Deutschlands Stellung in Europa sich durch einen Annäherungsversuch an die Vereinigten Staaten noch verschlechtern würde und Rußland und Japan ihn benutzen könnten, um der deutschen Regierung die Verantwortung für Knox' Aktion zuzuschieben. Bernstorff sollte deshalb keine Anregung geben, eine eventuelle amerikanische aber freundlich aufnehmen. Hierzu vermerkte Bethmann-Hollweg: „Zu welchem Zweck?" [77]). Er erteilte dann selbst die Instruktionen an Bernstorff dahin, daß dieser aus den von Schoen angeführten Gründen nicht nur keine Schritte tun, sondern auch auf amerikanische Annäherungsversuche nur scheinbar eingehen, ihnen faktisch aber ausweichen solle. Ein Integritätsabkommen über China mit Amerika habe nur dann Zweck, wenn auch England ihm beitrete, was ihm, Bethmann-Hollweg, aber recht fraglich erscheine [78]). Bernstorff aber, hier Bülowsche Tradition bewahrend, war nun wieder der Ansicht, daß gerade ein enges Zusammengehen mit Amerika, das in China so gut möglich sei, das beste Mittel wäre, „normale Beziehungen zu England herzustellen", dieses „wichtigste Problem unserer auswärtigen Politik" zu fördern. Es stellte sich dann aber heraus,

---

74) Vgl. oben S. 146, vgl. auch G. P. 32, Nr. 11686.
75) Siehe ebd. und S. 81 Fußnote.
76) Siehe ebd. Nr. 11686 Bernstorff/A.A. eingetroffen 7. 2. 1910.
77) Siehe ebd. 11687.
78) Siehe ebd. Nr. 11688 Bethmann/Bernstorff 15. 2. 1910.

daß auch die gegenwärtige amerikanische Regierung auf keine politische Annäherung mit Deutschland und China eingehen mochte.

Die chinesische Regierung versuchte, ihre Allianzpläne doch noch zur Ausführung zu bringen. Vielleicht glaubte sie, bei den neuen Leitern der amerikanischen Außenpolitik mehr Erfolg zu haben als bei Roosevelt. Sie schickte im Herbst 1910 Prinz Liang-tun-yen nach Europa und den Vereinigten Staaten. Dieser machte in Berlin den Vorschlag, daß die Mächte aufgefordert werden sollten, an China direkt Erklärungen zu richten, daß sie Chinas Integrität erhalten wollten. China dagegen wollte sich verpflichten, keiner Nation Sondervorteile zu gewähren und die Tür für den Handel allen gleichmäßig offen zu halten. Die deutsche Regierung sicherte ihre Zusage zu, bat aber den Prinzen, das vorläufig geheim zu halten und gab ihm den Rat, sich zuerst einmal nach Washington zu wenden [79]).

Aber die Zeit für solche Erklärungen war vorbei. Sie würden nicht nur erfolglos gewesen sein, Amerika und Deutschland konnten sich nicht einmal mehr recht damit hervorwagen. Roosevelt hatte schon 1907 betont, daß Amerika nicht in der Lage sei, China faktisch zu helfen. Auch Taft und Knox mußten zu dieser Erkenntnis kommen. Ihr Vorstoß gegen die Herrschaft der Entente in Ostasien, gegen deren Politik der Aufteilung Chinas war mißlungen, auch ihre weiteren Bemühungen brachten ihnen nur Mißtrauen ein [80]). Knox mußte

79) Siehe G. P. 32, Nr. 11920 Bethmann/Kaiser 21. 10. 1910 über Liangs Besuch.

80) Vgl. oben S. 149 ff. und das Schreiben des amerikanischen Gesandten in Peking, W. J. Calhoun, vom 12. 2. 1912, s. For. Rel. 1912, S. 64/65. Es beleuchtet die Situation so treffend, daß hier einige Sätze daraus wiedergegeben werden sollen:

„All of the Powers are more or less suspicious of the Americans. They seem to think we have some exclusive or personal policy in mind; that our professions of altruism are mere blind; for some time to come American influence in China will be obstructed in every way possible. It is not enough that the Chinese people may be friendly to us. They have been and doubtless will continue to be the subject of foreign coercion of one kind or an other. They know that all support we can give them is sentimental and philantropical in its character"***).

As it is, we are comparatively helpless. Diplomacy, however beneficient and altruistic it may be, if it is not supported by the force which not commands but demands respect and consideration, will avail but little.

versuchen, die Beziehungen zu England und Japan in freundschaftlichere Bahnen zu lenken. Er lehnte Liangs Vorschlag rundweg ab, riet ihm dagegen, mit allen Mächten Schiedsverträge abzuschließen, ein Gedanke, der von dem chinesischen Prinzen sofort aufgegriffen wurde [81]). Aber dafür war nun wieder die deutsche Regierung aus prinzipiellen Gründen nicht zu haben [82]). Liang kehrte nach Peking zurück, ohne etwas erreicht zu haben [83]). Knox' Wunsch, es nicht noch mehr mit England—Japan zu verderben, wird auch darin offensichtlich, daß er dem chinesischen Abgesandten versprach, er wolle versuchen, England für den chinesischen Plan zu gewinnen [84]). Diese resignierte Umkehr in Knox' Außenpolitik äußerte sich auch in seinem Verhalten der chinesischen Revolution gegenüber.

Graf Rex hatte schon früher die Vermutung ausgesprochen, daß die Ententemächte eine Revolution in China dazu benutzen könnten, eventuelle Aufteilungspläne zu verwirklichen [85]). Als nun im Herbst 1911 eine antidynastische Bewegung in China ausbrach, waren sich die deutschen und amerikanischen Staatsmänner darin einig, daß eine japanische Intervention zu befürchten sei [86]). Aber die amerikanische Regierung gab sich mit Japans Erklärung, daß es kein separates Vorgehen beabsichtige, zufrieden [87]), während das deutsche Auswärtige Amt irgend etwas gegen die japanischen und russischen Pläne zu tun für nötig hielt und Knox zu einer Note veranlassen wollte, in der folgendes festgestellt werden sollte: Getreu den wiederholt abgegebenen Erklärungen, die Souveränität und Integrität Chinas und die Offene Tür dort zu respektieren, hätten sich bisher alle Mächte von einer Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten ferngehalten. Anlaß für eine solche liege auch jetzt nicht vor; sollte sie jedoch nötig werden, so solle sie von allen Mächten gemein-

---

81) Siehe G. P. 32, Nr. 11730, 11732, 11734 Bernstorff/A.A. 21. 2., 4. 3., 11. 3. 1911. In For. Rel. sind nur zwei kurze Hinweise auf Liangs Besuch, s. 1912, S. 50, 92.

82) Siehe G. P. 32, Nr. 11731, 11733 Kiderlen/Bernstorff 2. und 9. 3. Man fürchtete, dann auch mit anderen Staaten Schiedsverträge abschließen zu müssen, was Deutschland wegen seiner zentralen Lage nicht könne, vgl. u. Kap. VII.

83) Siehe G. P. 32, Nr. 11735. Bernstorff/Bethmann 10. 6. 1911.

84) Siehe ebd. Nr. 11730.

85) Siehe G. P. 25, Nr. 8552, 8556 Rex/Bülow 31. 10., 7. 12. 1907.

86) Siehe G. P. 32, Nr. 11806.

87) Siehe ebd. Nr. 11814 eingetroffen 13. 1. 1912.

sam erfolgen. Die Mächte sollten ihr Einverständnis hierzu äußern [88]). Knox war zu einer solchen Kundgebung wenig geneigt. Er meinte, daß sie nur früher gemachte abschwächen würde und wollte Genaueres über das in Aussicht gestellte Einverständnis der anderen, speziell Englands, wissen [89]). Da inzwischen die japanischen Versicherungen doch nicht als sehr zuverlässig erschienen [90]), kam die amerikanische Regierung den deutschen Wünschen dann doch insofern entgegen, als sie im Anfang Februar 1912 eine Antwortnote Amerikas an Deutschland veröffentlichte, in der gesagt wurde, daß sie, wie auch die Regierungen der anderen Mächte, entschlossen sei, eine Politik des gemeinsamen Handelns (of concerted action) in China durchzuführen. Alle hätten von unabhängigem Handeln Abstand genommen und Chinas Souveränität und Integrität respektiert. Intervention scheine nicht nötig zu sein; werde sie doch unvermeidlich, so solle sie gemeinsam und nach Verständigung der Mächte untereinander erfolgen. Auch Anleihen sollten nur gegeben werden, wenn dadurch nicht die neutrale Haltung der Mächte den streitenden Parteien in China gegenüber verletzt würde [91]). Da die Note überall Anklang fand, wurde sie in Berlin und Washington als ein Erfolg und befriedigender Beweis deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit betrachtet [92]).

Wir müssen ihn auch als den letzten ansehen. Die chinesische Revolution löste noch zu guter Letzt nicht nur die amerikanisch-europäische, sondern auch die deutsch-amerikanische Gemeinsamkeit China gegenüber. In der so verschiedenen Einstellung beider Nationen zu der jungen chinesischen Republik offenbarten sich verschiedene Standpunkte, die im innenpolitischen Aufbau beider Länder begründet waren. Die Republik der Vereinigten Staaten begrüßte selbstverständlich den Übergang der Chinesen zur Demokratie und zum Parlamentarismus als einen Fortschritt der Zivilisation der Welt. Der Kongreß faßte ein Gratulationsschreiben ab, in dem er Chinas Übergang zur demokratischen Selbstregierung und zur republikanischen Staatsform ausdrücklich begrüßt: „Whereas the Chinese Nation has

88) Siehe ebd. Nr. 11816, 11819.

89) Siehe ebd. Nr. 11821.

90) Siehe ebd. und Nr. 11732, 11734.

91) Siehe ebd. Nr. 1184 eingetr. 5. 2. 1912; For. Rel. 1912, S. 63/64.

92) Siehe ebd., S. 66 und 69; G. P. 32, Nr. 11825, 11826. Rußland und Japan machten aber doch, ohne Widerspruch zu finden, ihre Sonderinteressen in Washington geltend. Siehe For. Rel. 1912, S. 68, 74, 78.

successfully asserted the fact that sovereignty is vested in the people, and has recognized the principle that government derives its authority from the consent of the governed thereby a condition of internal strife; and whereas the American people are inherently and by tradition sympathetic with all efforts to adopt ideals and institutions of representative government ...", so beginnt dieſe Reſolution, „therefore be ... it ... that the United States of America congratulate the people of China ... etc." [93]). Auch Wilſon in ſeiner Ankündigung des Austritts der amerikaniſchen Bankgruppe aus dem Anleihekonſortium widmet dem inneren Umſchwung in China eine Anerkennung: „... The awakening of the people of China to a consciousness of their responsibilities under free government is the most significant, if not the most momentous, event of our generation. With this movement and aspiration the American people are in profound sympathy ..." [94]). Die amerikaniſche Regierung entſchloß ſich denn auch, die neue Republik ſo ſchnell wie möglich, und zwar ſofort mit Konſtituierung der Nationalverſammlung anzuerkennen, und ſie wünſchte auch die anderen Mächte, auch Deutſchland, zu derſelben Haltung zu überreden [95]). Man glaubte in Waſhington, auf dieſe Weiſe den Beſtand und die Integrität der jungen Republik am beſten zu ſichern [96]). Obwohl die deutſche Regierung ſelbſt eine Aufteilung des chineſiſchen Reiches bei eintretenden Unruhen für möglich gehalten und befürchtet hatte, ſchloß ſie ſich, nachdem ſie anfangs eine Zwiſchenſtellung eingenommen hatte [97]), doch dem engliſch-japaniſchen Standpunkt an und anerkannte wie die meiſten anderen Mächte die chineſiſche Republik erſt nach der Wahl Yuan Shi-Kais unter gewiſſen Bedingungen am 8. Oktober 1913 [98]). Amerika hatte ſein Anerken-

93) Siehe For. Rel. 1912, S. 71.

94) Siehe For. Rel. 1913, S. 171, vgl. oben S. 247. Vgl. auch Message to Congress 1912 (For. Rel. 1912, S. XXI) und Bryans Anerkennungsſchreiben an Yuan Shi-Kai vom 6. 4. 1913. Es iſt in demſelben Stile abgefaßt.

95) Siehe For. Rel. 1913, S. 110/111, vgl. auch 1912, S. 82 ff.

96) Siehe G. P. 32, Nr. 11 831, 11 838.

97) Siehe G. P. 32, Nr. 11 839, 11 842, 11 846, vgl. For. Rel. 1913, S. 132.

98) Siehe G. P. 32, Nr. 11 867; den Übergang zur engliſch-japaniſchen Stellungnahme ſiehe ebd. Nr. 11 863, 11 866; die Ablehnung des amerikaniſchen Vorſchlags durch die Mächte ſ. For. Rel. 1913, S. 108 ff.

nungsschreiben schon am 2. Mai in Peking überreichen lassen [99]) und dafür Chinas besonderen Dank geerntet [100]).

Deutschland war nicht von moralischer Sympathie mit den Umwälzungen in China berührt, und es stand der neuen extrem ideologisch-pazifistischen Administration in Washington fremd und verständnislos gegenüber. Zudem war mit dem Rückzug der Vereinigten Staaten aus China der letzte Faden deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit, aktueller deutsch-amerikanischer Beziehungen gerissen.

Die Verfolgung der deutsch-amerikanischen Chinapolitik von den neunziger Jahren bis zum Weltkrieg hat gezeigt, wie die deutsche Regierung durch die Macht der Ereignisse dazu geführt wurde, für die Offene Tür in China und die Erhaltung der Integrität dieses Reiches mit den Vereinigten Staaten von Amerika einzutreten. Zwar haben sich im Laufe der Zeit, seit der Jahrhundertwende, alle an China interessierten Mächte zu den Prinzipien der Gleichberechtigung und der Erhaltung Chinas bekannt, doch die Ententemächte nur, um sie als Deckmantel für ihre Ausbeutungspolitik zu benutzen. Es ist dabei gleichgültig, ob sie selber die direkten Nutznießer waren oder um politischer Vorteile willen anderen die Hand dazu boten. Wohl hatte sich Deutschland mit der Erwerbung Kiautschaus der allen europäischen Mächten selbstverständlichen Interessensphärenpolitik angeschlossen, aber damit war diese agressive Phase seiner Chinapolitik auch beendet. Diese hatte in ihrer allzu großen Offensichtlichkeit zugleich die Gegenbewegung unter Amerikas Führung auf den Plan gerufen, und die deutsche Regierung wurde unter allen europäischen Mächten zu ihrem ehrlichsten Verfechter und damit in China in gewissem Sinne zum Partner der Vereinigten Staaten, während die anderen die Politik der Interessensphären, wenn nun auch mehr als verborgene Wühlarbeit, fortsetzten.

Waren aber Deutschland und Amerika mit ihrer Politik der Erhaltung Chinas erfolgreich gewesen?

Bis vor dem Weltkrieg mochte es, ganz äußerlich gesehen, noch scheinen: ja. Im Frieden von Portsmouth waren die mandschurischen Provinzen offiziell an China zurückgegeben worden, und dies hatte auch keine anderen Gebietsteile eingebüßt. Aber das chine-

99) Siehe ebd. S. 115, vgl. G. P. 32, Nr. 11844.
100) Siehe ebd. S. 134, vgl. S. 120/121.

sische Reich wurde politisch und wirtschaftlich durch den Ring der Ententemächte, die sich freundschaftlich in die Hände, viel mehr aber noch in die Hand Japans arbeiteten, immer mehr geschwächt. Die englisch-japanische Freundschaft lebte auf Chinas Kosten. Die Position, aus der heraus Japan heute in das Herz Chinas vorzudringen wagen kann, hat es sich unter Englands Augen und mit Englands Unterstützung in dem Jahrzehnt vor dem Weltkrieg geschaffen. Dieser hat, indem er die europäischen Großmächte und eben auch Amerika nach Europa ablenkte, eine Entwicklung nur sehr beschleunigt, die schon vorher in vollem Gang begriffen war. Japans Einfallstor nach China ist ja die Mandschurei. Es ist gezeigt worden, daß Deutschland nicht, oder jedenfalls zu spät, bereit war, mit Amerika für das Verbleiben dieser Provinzen beim chinesischen Reich einzutreten und daß keine der beiden Mächte jemals bereit und fähig war, den Nachdruck ihrer militärischen Kraft hinter die Politik der Erhaltung Chinas zu stellen. Japan aber war und ist bereit, für die Eroberung Nordchinas zu kämpfen und sein Letztes zu opfern.

Warum konnte aber Japan schon 1904 es wagen, einen Krieg um die Mandschurei zu führen? Eben weil es damals schon die Entente mit England hatte, dieses wiederum eine solche mit Frankreich herbeiführte, dem Verbündeten Rußlands. Warum konnten die Vereinigten Staaten, nicht einmal unter Roosevelts zielbewußter und machtpolitischer Staatsführung, warum konnten Deutschland und Amerika 1904/05 noch etwa später nicht gemeinsam mit energischem, wirksamem politischem Druck — der ja den direkten militärischen weitgehend ersetzen kann — auf die wirkliche Rückgabe oder Neutralisierung der Mandschurei dringen? Eben weil beide keine Bündnisse besaßen, die in Übersee Gewicht gehabt hätten, weil beide außerhalb der Entente standen, die nicht nur ein europäisches, sondern auch ein ostasiatisches Bündnissystem war; weil beide nicht um Chinas — um ihrer dortigen Interessen willen, sich mit irgendeiner Macht verfeinden, aber auch nicht mit einer solchen befreunden, ja nicht einmal deswegen sich miteinander enger verbinden wollten. Und, für die deutsche Zurückhaltung an diesem Punkte so ungeheuer wichtig: weil Rußlands Beschäftigung in der Mandschurei Deutschlands Kontinentalgrenzen entlastete, seine Hinwendung nach Europa aber eine gefährliche Bedrohung bedeuten mußte.

Die Hintergründe der Erfolglosigkeit der deutsch-amerikanischen Chinapolitik lassen sich so letztlich auf das Verhältnis Deutschlands

und Amerikas zu England und Rußland in den entscheidenden Jahren zurückführen: das seit den neunziger Jahren notorisch entgegengesetzte Verhältnis dieser beiden Mächtepaare zueinander (Deutschland immer in Hinwendung zu Rußland, Abwendung von England, Amerika umgekehrt) ließ die beiden Verfechter der Erhaltung Chinas an verschiedenen Punkten, Deutschland am Jangtse (gegen England), Amerika in Nordchina (gegen Rußland), einsetzen, ließ sie beide aneinander vorbeiarbeiten. Die gemeinsame Gegnerschaft gegen Japan kam dann zu spät. Die Entente war nach 1907 zu mächtig geworden, und die russisch-japanische Annäherung schloß den Ring in Ostasien.

Für England und Frankreich war ihre Chinapolitik kein Selbstzweck (es muß wieder an das Wort Tyler Dennetts erinnert werden, daß England China seiner Einkreisungspolitik gegen Deutschland geopfert habe). Auch für Deutschland war sie das sehr bald nicht mehr. England ließ Chinas Zerstörung geschehen, um Bundesgenossen zu haben. Deutschland trat nicht energisch genug dagegen auf, so lange das Phantom der russischen Freundschaft immer wieder lockte, so gern man in Berlin mit dem Eintreten für China die amerikanische Bundesgenossenschaft (und diese wieder vor allem im Hinblick auf die deutsch-englischen Beziehungen) gewonnen hätte. Nach 1905 zeigte sich die deutsche Regierung auch bereit, für Nordchinas Neutralität einzutreten, weil nun damit vor allem Japan getroffen wurde. Aber dies tat sie doch auch wieder nur, um noch in letzter Stunde einen Weg aus der Isolierung zu finden. Nahm Amerika in seinem ehrlichen, vor allem handelspolitisch interessierten Bemühen um Chinas Bestand Deutschlands Anträge an? Wieder offenbart sich hier das Verhältnis zu England, dem Bundesgenossen Japans, zu dieser mächtigen Seemacht mit ihrem weitgreifenden Bündnissystem, als ein überragender Faktor, der sich wie ein Keil zwischen die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit für China schiebt. Verglichen mit guten Beziehungen zu dieser Macht dürften den amerikanischen Staatsmännern Amerikas ostasiatische Wirtschaftsinteressen und Deutschlands eventuelle Hilfe zu unbedeutend erschienen sein. Die magnetische Anziehungskraft des Schwergewichtes des Ententeblockes lenkte die Kompaßnadel der deutschen und amerikanischen Außenpolitik immer wieder irritierend von dem einzigen gemeinsamen Zielpunkt, der Erhaltung Chinas, ab und verhinderte, daß aus der mehr oder weniger gemeinsamen Chinapolitik eine engere, geschweige denn eine offizielle Bindung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wurde. Wilsons gänzliche

Abwendung von Ostasien dürfte der endgültigen freundschaftlichen Vereinigung der englisch-amerikanischen Beziehungen kurz vor dem Weltkrieg recht förderlich gewesen sein.

Freilich — diese Betrachtung, obwohl nicht mehr in den Rahmen dieser Arbeit gehörig, anzufügen, mag erlaubt sein — verdarb Wilson mit dieser Hinwendung nach Europa dem amerikanischen Volk die Chance, wohl die beste, die es je gehabt hat, sich während des Weltkrieges eine Position in China zu schaffen. Anstatt hier Japan entgegenzutreten, den lahmliegenden Chinahandel der europäischen Mächte an sich zu reißen, das chinesische Reich sich kräftigen zu helfen, bemühten sich die amerikanischen Kaufleute, Lebensmittel und Konterbande über den gefährdeten Atlantischen Ozean zu verfrachten, versuchten die amerikanischen Finanzleute an der Vernichtung Deutschlands Geschäfte zu machen, schickte der amerikanische Staat schließlich seine Soldaten gegen das deutsche Volk, das in unglaublicher Tapferkeit gegen eine ohnehin schon erdrückende Übermacht kämpfte, drängte Wilson sich Europa als Friedensapostel auf. Hätte Amerika den Kampf gegen Japan, der ihm heute mehr denn je bevorzustehen scheint, während des Weltkrieges ausgefochten, als England, Rußland, Frankreich in Europa gegen Deutschland kämpften, ja sogar Japan dorthin Schiffe schicken mußte, wäre das Gleichgewicht, um dessentwillen sich einzusetzen Roosevelt Amerika für verpflichtet hielt, in der Welt, vor allem aber in Europa, vielleicht Wirklichkeit und diesem ein wahrer Friede zuteil geworden.

Lebenslauf.

Ich, Ilse Kunz, geb. Lack, bin als Tochter des Steuerinspektors Heinrich Lack am 12. November 1907 in Naumburg-Saale geboren. Mein Vater fiel als Hauptmann d. R. am 15. September 1914 an der Westfront. Meine Mutter, Johanna geb. Schwarz, starb am 27. Oktober 1920.

Ich besuchte das Städt. Luisen-Oberlyzeum in Naumburg ab Ostern 1914 und legte dort Ostern 1927 die Reifeprüfung ab. Mit der Prüfung meines Jahrgangs erlangte das Oberlyzeum die Anerkennung als „gleichgestellt einer Studienanstalt mit Kursen der Oberrealschulrichtung".

Sommersemester und Wintersemester 1927/28 studierte ich in Jena Geschichte, Geographie und Deutsch bei den Professoren Cartellieri, Schneider, v. Zahn, Seidlitz und Brinkmann. Im Sommersemester 1928 ging ich nach Wien und widmete mich dort vor allem der Geographie bei den Professoren Kober und Sueß. Geschichte hörte ich bei den Professoren Dopsch und Srbik. Seit dem Wintersemester 1928/29 studierte ich in Halle, und zwar bis einschließlich Sommersemester 1930 Geschichte, Geographie, Deutsch und Philosophie bei den Professoren Becker, Holtzmann, Weber, Schneider, Utitz, Menzer und Schlüter; Wintersemester 1930/31 bis Wintersemester 1931/32 einschließlich ließ ich das Deutschstudium fallen und ersetzte es durch das staatswissenschaftliche bei den Professoren Brodnitz, Hertz und Aubin. Am 18.—20. Februar 1932 legte ich die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen bei den Professoren Becker (schriftlich), Herzfeld (mündlich), Schlüter, Weber, Utitz und Aubin in Geschichte, Geographie, Staatswissenschaft und Philosophie ab.

Als Kriegs- und Vollwaise habe ich mein Studium aus staatlicher Unterstützung und Stipendien (von der Regierung, dem Kriegshinterbliebenen-Versorgungsamt, der Universität), die letzten Semester auch mit Werkarbeit bestritten.

Am 4. Oktober 1932 habe ich mich mit dem Kunstmaler Karl Kunz aus Augsburg verheiratet.

Nach Ablegung der Lehramtsprüfung bin ich als wissenschaftliche Hilfsarbeiterin tätig gewesen.

Die Anregung zu der vorliegenden Dissertation ging von Herrn Professor Becker aus, der mir dies Thema als Staatsexamensarbeit stellte. Da Professor Becker Wintersemester 1931/32 nach Kiel berufen wurde, hatte Herr Professor Herzfeld die Liebenswürdigkeit, die Förderung dieser Arbeit zu übernehmen, wofür ich ihm zu größtem Dank verpflichtet bin.

Halle-Saale, den 15. Januar 1934.

Ilse Kunz, geb. Lack.